

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 8-9.
Fernsprecher: Abt. 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag. — Telegrammadresse: Textilparis, Berlin.



Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband, Hauptvorstand, Berlin O 34, Memeler Straße 8-9 (Postcheckkonto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis, nur durch die Post, vierteljährlich 6 Mk.

Nummer 12

Berlin, den 20. März 1931

48. Jahrgang

Wo bleibt die Arbeitszeitverkürzung?

Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion läßt sich nur durch eine vernünftige Arbeitszeitregelung ausgleichen. Der Schritt zur Arbeitszeitverkürzung ist ein dringendes Gebot, und es wäre eine Tat, wenn die Regierung den Mut aufbrächte, im Verordnungswege die Arbeitszeit vorläufig nur auf 40 Stunden zu verkürzen. Das Abwarten des Herrn Reichsarbeitsministers Stegerwald auf die Einsicht der Unternehmer in der Frage zur Arbeitszeit ist tatsächlich etwas recht Ungewöhnliches. Der Reichsarbeitsminister weiß doch selbst ganz genau, daß in der Frage der Arbeitszeitverkürzung die Unternehmer stets reaktionär dachten und handelten. Soweit die Arbeitszeit im Laufe der Jahrzehnte verkürzt wurde, so geschah dies immer gegen den Willen der Unternehmer. Gewiß, auch bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden wäre die Arbeitslosigkeit noch lange nicht behoben, aber es wäre immerhin ein beachtlicher Schritt, dem auch einige Besserungen des Arbeitsmarktes nachfolgen würden. Als ein weiteres müßten aber auch zur besseren Durchleuchtung der Wirtschaft und deren Ergebnisse Bestimmungen getroffen werden, Bestimmungen über die Publizität der Aktiengesellschaften usw. Die „Wirtschaftsführer“ singen in der Öffentlichkeit fortgesetzt Klagelieder von den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen und dabei werden noch ganz annehmbare Dividenden von den verschiedensten Gesellschaften ausgeschüttet. Der Luxus, der gegenwärtig von einer gewissen Oberschicht getrieben wird, steht ebenfalls zu der allgemeinen Not der breiten Masse in kräftigstem Widerspruch. Die kürzlich in Berlin abgehaltene Autoausstellung mußte bei jedem Besucher, der die Dinge auch wirtschaftlich betrachtet, das Gefühl auslösen, daß es dem Unternehmertum trotz der Wirtschaftskrise außergewöhnlich gut geht. Die ausgesprochenen Luxusautos waren in so großer Anzahl vertreten, daß man wohl oder übel zu der Auffassung kommen mußte: dem Unternehmertum geht es nicht schlecht. Die Luxuswagen kann niemand anders kaufen als diejenigen, die aus der Produktion große Gewinne ziehen. Man bleibe uns mit dem Einwand vom Halbe, daß sich nur wenige solche teuren Wagen leisten können. Das große Aufgebot dieser Wagen auf der Ausstellung war an sich ein Beweis dafür, daß die Wagen guten Absatz erzielen. Die Pressestimmen zur Autoausstellung haben ebenfalls zum Ausdruck gebracht, daß der Absatz an Luxuswagen ein guter war.

Aber auch andere Erscheinungen deuten darauf hin, daß die nie verstummenden SOS-Rufe der Unternehmer nicht echt und nur zur Irreführung der Öffentlichkeit bestimmt sind.

Für die Arbeiterschaft ist der gegenwärtige Zustand unerträglich, und noch zeigt sich am Horizont kein Silberstreifen, der Hoffnungen auf Besserung der Wirtschaftslage erwecken könnte. Die Staatsmänner tragen eine große Verantwortung vor der Menschheit. Die Wirtschaftskrise ruhig weiterreiben zu lassen, ohne dagegen geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wäre ein Verbrechen am Volk. Es bedarf wahrhaftig keines allzu großen Anstoßes und wir stehen vor der Auflösung aller sozialen, kulturellen, staatlichen und gesellschaftlichen Bindungen. Eine Gesundung der Wirtschaft kann nur entgegen dem Willen des Unternehmertums herbeigeführt

werden. Wir wissen, daß die Unfähigkeit der Regierung, die Krise zu meistern, Schuld dessen ist, und daß das deutsche Unternehmertum die Reichspolitik über Gebühr beinflusst. Deshalb bleibt die Forderung der Arbeiterschaft nach Arbeitszeitverkürzung unerfüllt. Der Arbeiterchaft bleibt deshalb kein anderer Ausweg übrig, um aus diesem Labyrinth wirtschaftlicher Unsicherheit herauszukommen, als sich zum Kampf zu stellen.

Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend des technischen Fortschrittes

Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend des technischen Fortschrittes muß in den Vordergrund des Kampfes gerückt werden und darf nie mehr von der Tagesordnung verschwinden. Sie soll kein Papierkamm, der sich in langen Resolutionen auswirft, die nie etwas nützen, geführt werden, sondern in dem Betrieb muß man die Arbeitszeitverkürzung durchsetzen. Die Arbeiterschaft muß sich endlich auf ihre Selbsthilfe besinnen und überall für Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Die noch in den Betrieben schaffende Arbeiterschaft muß sich vor Augen halten, daß sie mit den arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen auf Gedeih und Verderben verbunden ist. Die solidarische Verbundenheit mit unseren arbeitslosen Brüdern und Schwestern muß in dem Kampf um kürzere Arbeitszeit ihren Ausdruck finden. Daneben können wir uns aber kaum Lohnkürzungen mehr gefallen lassen. Lassen wir uns deshalb auf, stellen wir uns zum Kampf und leisten wir jeder Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses entschiedenen Widerstand. Der Kampf der Arbeiterschaft ist schwer. Die Zerrissenheit macht sich in furchtbarer Weise bemerkbar. Der Kampf der Klassengenossen gegeneinander ist natürlich Wasser auf die Mühlen der Unternehmer. Sorgt deshalb auch für Aufklärung unter den breiten Massen, weist sie darauf hin, wo der gemeinsame Feind steht, damit die Arbeiterschaft sich zum einheitlichen Kampf zusammenfindet, ehe das vereinigte reaktionäre Unternehmertum sie wieder wirtschaftlich und politisch fesselt.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner letzten Sitzung erneut mit der Frage der Arbeitszeit beschäftigt und hat schärfsten Protest dagegen eingelegt, daß bis in die jüngste Zeit staatliche Schlichtungsstellen Schiedsprüche gefällt haben, die zwangsweise durchgeführt wurden, in denen eine Arbeitszeit von über 48 Stunden für die Zukunft festgelegt ist. Die Entschliebung hat folgenden Wortlaut:

„Der Bundesausschuß erhebt erneut die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem sofort wirksamen Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich wieder in nützliche Beschäftigung zu bringen. Er verpflichtet alle Gewerkschaften und ihre Mitglieder, mit größerem Nachdruck als bisher für die Verwirklichung dieser Forderung einzutreten.“

Der Bundesausschuß erinnert daran, daß er bereits im Oktober 1930 die gelegentliche Einführung der 40stündigen Arbeitswoche mit einem allgemei-

nen Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung gefordert hat. Diese Forderung hat zwar in der Öffentlichkeit volle Beachtung gefunden und ist auch von einer Reihe von Einzelbetrieben durch Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern praktisch durchgeführt worden. Die Reichsregierung aber hat bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen ernsthaften Schritt zur allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit zu tun gedenkt.

Indem der Bundesausschuß wiederholt auf die wirtschaftliche und seelische Not der Millionen Arbeitslosen verweist, lenkt er zugleich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur eine vorübergehende, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitszeitgelegenheit selbst bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Arbeitskräfte gerecht zu verteilen.

Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuß schärfsten Protest dagegen, daß bis in die jüngste Zeit von staatlichen Schlichtungsstellen Schiedsprüche gefällt und zwangsweise durchgeführt wurden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben.

Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitsgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmäßige Arbeitswoche auf 5 Tage oder 40 Stunden beschränkt.“

Es sei uns die Frage erlaubt: Darf man die Hoffnung hegen, daß Herr Stegerwald etwas zur Verkürzung der Arbeitszeit tut?

Schlichtungsmaschine noch im Gang!

Schiedspruch für die Lausitz verbindlich erklärt

Der vom Schlichtungsausschuß Kottbus für die Lausitz gefällte Schiedspruch betr. Lohn-, Manteltarif und Arbeitszeitabkommen wurde vom Schlichter für die Provinz Brandenburg für verbindlich erklärt.

Schiedsprüche für Nordostdeutschland verbindlich erklärt

Die am 13. Februar 1931 unter dem Vorsitz des Sonderrichters Dr. Friedländer für den nordostdeutschen Tarifbezirk gefällten Schiedsprüche betr. Lohn- und Arbeitszeit wurden vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt.

Die Schiedsprüche für Münsterland, Bielefeld, Herford und Gütersloh verbindlich erklärt

Am 12. März 1931 fanden im Reichsarbeitsministerium auf Antrag der Unternehmer die Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitszeitschiedsprüche für die Tarifbezirke Münsterland, Bielefeld, Herford und Gütersloh statt.

Die Arbeitgeberverbände der benannten Bezirke haben sich zu der Vereinigung Westfälischer Textil- und Lederarbeiterverbände zusammengeschlossen, die als Beauftragte auch die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium führte. Die Arbeitnehmergewerkschaften haben verlangt, daß von einer Verbindlichkeitsklärung der genannten Schiedsprüche Abstand genommen wird. Sie haben vor allen Dingen auf die geradezu ungeheuerlichen Arbeitszeitschiedsprüche hingewiesen, die bei der todesartigen Arbeitslosigkeit geradezu ein Schlag ins Gesicht der arbeitslosen Textilarbeiter bedeuten.

Wie wir bei Schluß der Redaktion erfahren, sind die Schiedsprüche vom Reichsarbeitsministerium trotz der Bedenken der Arbeitnehmerverbände für verbindlich erklärt.

Verhandlungen für Schlessen gescheitert

Die am 10. März 1931 stattgefundenen Verhandlungen im Lohnstreit für die schlesische Textilindustrie sind gescheitert. Die schlesischen Textilunternehmer blieben auf ihren Forderungen, Senkung der Textilarbeiterlöhne in Schlessen, bestehen. Die Vertreter der Arbeiterschaft lehnten ihrerseits jede Lohnsenkung in Schlessen aus sozialen und aus wirtschaftlichen Gründen für die schlesische Textilarbeiterchaft ab. Die schlesische Textilarbeiterchaft sieht den Dingen, die da kommen werden, in Ruhe entgegen.

Das ist Solidarität!

Die aktive soziale Hilfe des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

3397232,83 Reichsmark

hat der Deutsche Textilarbeiter-Verband im Geschäftsjahr 1930 durch die Kranken- und Erwerbslosenunterstützung an seine Mitglieder zurückvergütet.

Die Summe zeugt von einer glänzenden Solidarität der Mitgliedschaft. Gegen diese großzügige Hilfe, die durch diese Unterstützungssumme zum Ausdruck kommt, müssen alle Nörgereien jener Unentwegten verstummen, die dem Verband den Klassenkampfscharakter abzusprechen sich bemühen. Diese Unterstützungssummen prägen den Kampfscharakter der Organisation. Die Not zu lindern und die Kampffähigkeit der Mitglieder zu erhalten, ist eine der vornehmsten Aufgaben der Organisation. Die Lohn- und Tarifpolitik erheischt neben der direkten Kampfunterstützung die indirekte soziale Hilfe. Die obige Unterstützungssumme ist gleichzeitig ein Spiegelbild für die ungeheure Wirtschaftsnote, in der sich zurzeit Tausende unserer Mitglieder befinden. Nach den einzelnen Quartalsabrechnungs-Abschlüssen ergeben sich folgende Zahlen:

Krankenunterstützung		
I. Quart.	17 611 Mitgl.	302 866,— Mk.
II. "	15 419 "	287 026,70 "
III. "	13 970 "	258 916,05 "
IV. "	11 687 "	242 499,50 "
		58 687 Mitgl. 1 091 248,25 Mk.
Erwerbslosenunterstützung		
I. Quart.	18 101 Mitgl.	386 417,45 Mk.
II. "	18 892 "	452 786,50 "
III. "	20 791 "	490 477,40 "
IV. "	24 807 "	603 351,55 "
		82 591 Mitgl. 1 933 032,90 Mk.

Den ausgefallenen arbeitslosen Verbandsmitgliedern wurde noch als Weihnachtshilfe durch die Hauptkassa der Betrag von 372 951,88 Mk. überwiesen. Insgesamt wurden an: Krankenunterstützung 1 091 248,25 Mk. Erwerbslosenunterstützung 1 933 032,90 „ Weihnachtshilfe 372 951,88 „ 3 397 232,83 Mk. zur Auszahlung gebracht. Alle anderen Unterstützungen übergehend verweisen wir unsere Mitglieder auf das Jahrbuch, an dessen Fertigstellung gearbeitet wird und das in den nächsten Wochen erscheinen wird. H. F.

Schiedspruch für Südhannover verbindlich erklärt

Für den Tarifbezirk Südhannover fällt der Schlichtungsausschuss Hildesheim am 19. Februar 1931 einen Schiedspruch, der einen Lohnabbau von 6,5 Proz. vorseht.

Schiedspruch für die Textilindustrie Kassel und Umgegend

Für das Tarifgebiet Kassel und Umgegend fand am 9. März 1931 vor dem Schlichtungsausschuss ein Anruf der Arbeitgeber eine Schlichtungsverhandlung statt.

Die Abbaukommission Eine stehende Einrichtung

„Opfer fallen hier, Weder Lamm noch Stier, Aber Weichenopfer unerhört ...“

An diese Worte Goethes aus der „Brau von Korinth“ wird man erinnert, wenn man die heutigen Rationalisierungsmaßnahmen betrachtet.

Nach ihrer Kontrolle in Kassel, Delmenhorst und Eilenburg hat die „Abbaukommission“ neuerdings den Betrieb in Langensalza mit ihrem Besuch beendet.

Kapitalverschwendung!

Bau einer neuen Juteweberei in Emsdetten

Der Emsdettener Juteweberei, welche bekanntlich in vorigen Jahre nach kurzer Betriebszeit wieder aus dem Stande ausgestiegen ist, geht es offenbar ebenfalls gut wie den Jutewebereien.

Die Juteweberei in Emsdetten muß als ein Beispiel für die Verschwendung von Kapital betrachtet werden.

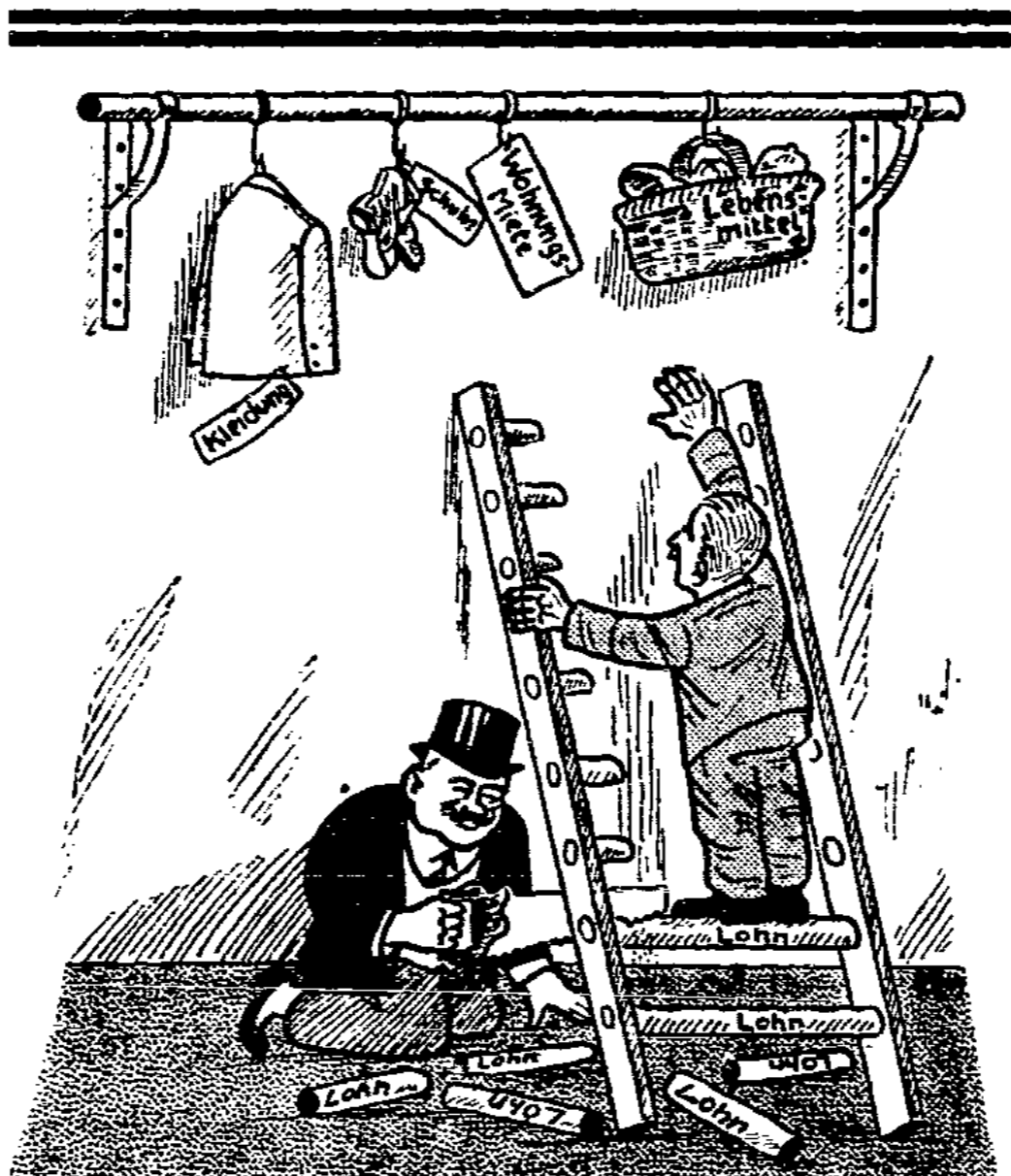
Deutsch-russisches Zwischenspiel

1. Ein Maschinenkredit für Sowjetrußland

Vor einiger Zeit hat sich eine Delegation der deutschen Groß- und Schwerindustrie nach Sowjetrußland begeben. Ihr gehörten u. a. an der der Zentrumsparterie nahestehende Schwerindustrielle Peter Klöckner, der Kruppdirektor Klobbach, der noch vor kurzem vom Reichsarbeitsministerium die Aufhebung der deutschen Lohnstarre verlangte, der Großindustrielle Siemens, der in letzter Zeit deshalb viel genannt wurde, weil er in der Generatorkonferenz seines Konzerns eine neue Lohnabbauaktion ankündigte, und schließlich der Generaldirektor Koettgen, der die Geschäfte des Reichs-turatoriums für Wirtschaftlichkeit, also des deutschen Rationalisierungsinstituts, bestimmt und für die verkehrte und falsche Rationali-

ändern nicht erzielt werden konnte. Der große Mangel des Planes ist, daß man die Ziele übersteigert hat. Man will im Zeitraum von fünf Jahren die Produktionsmittel derart vermehren, daß eine stark erweiterte Konsumgüterindustrie Rußland vom ausländischen Import möglichst unabhängig macht.

Die Russen haben es wirklich nicht an Anstrengungen fehlen lassen, ihre Rationalisierung weiterzutreiben. Sie haben das Rüstzeug der Rationalisierungsinstitute in den kapitalistischen Ländern restlos übernommen und diese sogar noch übersteigert.



Unternehmergeist

„Ob der Arbeiter da oben heranreicht, ist mir gleichgültig, die Hauptsache, der Lohn wird gesenkt!“

rierung in Deutschland verantwortlich zeichnet. Man hat diese illustren Gäste in Sowjetrußland mit offenen Armen empfangen. Man hat Trinksprüche getauscht und die Sowjetpresse mußte viel Vorzügliches über den Besuch aus Berlin und Rheinland und Westfalen zu sagen, mit denen deutsche Arbeiter in heftigen Auseinandersetzungen um die Wahrung eines kümmerlichen Lebensstandards stehen.

Nun ist der Moskauer Besuch nach Berlin zurückgekehrt und hat einiges über den Zweck der Mission „verlautbart“. Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger, als daß Deutschland den Russen eine Anleihe gewährt, mit deren Hilfe die Russen Maschinenaufträge nach Deutschland geben wollen.

2. Finanzierung der russischen Rationalisierung

Besentlich bei der ganzen Angelegenheit ist, daß die Russen diesen Kredit nicht in bar erhalten sollen. Sie wollen Waren, Maschinen dafür nehmen. Das erklärt sich aus dem Stand und der Eigenart der russischen Rationalisierung.

In Grundzügen und Einzelheiten ist diese Rationalisierung in dem sogenannten Fünfjahresplan festgelegt worden. Den eigentlichen Kern dieses Planes allerdings hat die Sowjetregierung vor kurzem als „Sozialplan“ vor das Gericht gestellt und zu mehrjährigem Kerker verurteilt. Aber das nur nebenbei. Die Rationalisierung der Russen hat das für sich, daß sie mit einer Planmäßigkeit arbeitet, die in kapitalistischen

reduziert, nachdem sich bereits eine Lohnreduzierung durch die Inflation des Rubels ergab. Man kann vieles, was in der russischen Rationalisierung vorgeht, verstehen, wenn man bedenkt, daß mit der Rationalisierung eine der wesentlichen Einrichtungen der ganzen Sowjetmacht, die Konstruktion des Außenhandels, steht und fällt. Nimmt die Warenknappheit in Rußland zu und ist die Sowjetmacht, die ewig mit Geldsorgen zu kämpfen hat, gezwungen, statt der notwendigen Maschinen die noch notwendigeren Konsumartikel aus dem Auslande einzuführen, dann wird tatsächlich der wichtige Import und Export von privatwirtschaftlichen Faktoren und nicht, was der Sinn des ganzen Außenhandelsmonopols in Rußland ist, von den Interessen der Gesamtwirtschaft und von politischen Momenten bestimmt.

Die Kosten der russischen Rationalisierung, also die Kosten des Fünfjahresplans, sind ursprünglich mit 13 Milliarden Rubel veranschlagt worden. Sie haben sich mit der Zeit vervielfacht. Ursprünglich sollten auch 75 Proz. der Kosten durch Überschüsse der Staatsindustrie eingebracht werden. Das konnte man nicht durchhalten. So ging man dazu über, die Notepresse in den Dienst der Finanzierung der Rationalisierung zu stellen. Das führte zur Rubelinflation.

3. Bedenken

Seitverständlich hat Deutschland das Geschäft mit den Russen zu machen, wenn es sich eben machen läßt. Allerdings verlangen die Russen äußerst langfristige Kredite, sowohl bei den bisherigen auf etwa 360 bis

370 Millionen Mark abgestellten Ruffrenten, wo die Laufzeiten bis zu vier Jahren betragen. Wenn hier ein Entgegenkommen möglich ist, so muß man entgegenkommen. Ein industrialisiertes Rußland ist der deutschen Wirtschaft dienlicher als ein krisenhaftes und lauffraftarmes Land in diesen weiten europäisch-asiatischen Ebenen.

Andererseits sollen Reich und Länder die Ausfallbürgschaft für diesen Ruffkredit übernehmen. Daß man im Reichsfinanzministerium davon nicht erbaut ist, versteht sich schon. Entscheidend bei der ganzen Angelegenheit muß aber die Kreditfähigkeit sein, damit nicht eines guten Tages das Reich, also die Allgemeinheit, für die Projekte deutscher Großindustrieller und der russischen Wirtschaftsbürokratie blechen muß.

Politische Wochenschau

Groener gegen Maginot. — Um den Panzerkreuzerbau. — Alle Kraft auf einen Punkt! — Der deutsch-polnische Handelsvertrag. — Friede in Indien.

Bei Beginn der Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstags antwortete der Reichswehrminister Groener dem französischen Kriegsminister Maginot, der behauptet hatte, Deutschland habe bisher die Abrüstungsbedingungen des Versailler Vertrages nicht erfüllt.

Vor diesen Ausführungen hatte der Reichswehrminister erklärt, daß er keine Konzeptionen am Etat machen könne, denn dieser sei schon bei voller Berücksichtigung der Notlage des deutschen Volkes aufgestellt worden. Die Vertreter der Sozialdemokraten verlangten demgegenüber aufs entschiedenste, daß im Laufe des Jahres ebenso Abstriche am Reichswehretat gemacht würden wie bei allen übrigen Reichsetats. Vor der Abstimmung über die erste Rate für den Panzerkreuzer B erinnerten die Sozialdemokraten in einer von ihnen abgegebenen Erklärung daran, daß die sozialdemokratische Fraktion bisher die Mittel für Panzerkreuzerbauten abgelehnt hätten und daß für sie sachlich keinerlei Veranlassung vorliegt, gegenüber dem Panzerschiff B eine andere Stellung einzunehmen.

Der Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei zu dieser Frage ist also ganz eindeutig. Wenn demgegenüber von nationalsozialistischer und kommunistischer Seite behauptet wird, die Sozialdemokratie habe ihre Grundzüge „ver-

Löhne im Ausland

Was verdienen die Weber im Elsaß?

Bekanntlich ist eins der gebräuchlichsten Argumente der Unternehmer für den Lohnabbau der angeblich niedrigere Arbeitslohn im Elsaß bzw. in Frankreich.

Nun ist es sehr schwer, von dort geeignetes Material zu bekommen, weil Tarifverträge in unserem Sinne nicht vorhanden sind. Aus Umfah einer Differenz haben wir uns ein typisches Beispiel verschafft, und zwar eins aus der Weberei. Um welche Art Webgewebe es sich handelt, ist aus der Aufstellung nicht ersichtlich. Es sind keine Herrenstoffe, sondern anscheinend Damenkleiderstoffe. Der Fall liegt folgendermaßen:

Der Weber arbeitet an drei Stühlen, davon an zwei Stühlen die folgende Ware:

Warenbreite: 170 Zentimeter, Fadenstärke: 30 Rettküben, 22 Schußäden per Zentimeter. Garnnummer: Schußgarn-Nr. 264 Walle, Rettküben-Nr. 36 Walle, 13 Schäfte, 5 Schützen, Tourenzahl 140 pro Minute, Lohn pro 1000 Schuß 0,56 Franken = 5,6 Pf.

Auf diesen beiden Stühlen verdient der Weber 340 Franken = 34 Mk. in 88 Stunden.

Auf dem dritten Stuhl wird Popeline gewebt; Tourenzahl 160 pro Minute.

Warenbreite: 135 Zentimeter, Fadenstärke: 32 Rettküben, 21 Schußäden per Zentimeter.

Garnnummer: Rettküben-Nr. 278, Schußgarn-Nr. 40, einschlägig.

Für diese Ware gibt es pro 100 000 Schuß 26,50 Franken. Auf diesem Stuhl verdient der Arbeiter in 88 Stunden 172,50 Franken = 17,25 Mk. Der Gesamtverdienst dieses Webers auf drei Stühlen beträgt also in zwei Wochen 512 Franken = etwa 51,2 Mk. Hierzu kommen noch Vergütungen von Wartestunden, so daß der wirkliche

Verdienst sich auf 546 Franken oder 54,6 Mk. in 88 Stunden stellt.

Zu diesen Löhnen kommen weiter die Kinderzulagen, die in der ganzen Textilindustrie des Elsaß die gleichen sind, die aber nicht berechnet werden können, da sie nach der Zahl der Kinder eben schwanken. Wir haben bereits früher berichtet, daß diese Kinderzulagen bis zu 30,6 Franken = 3,06 Mk. pro Tag betragen. Wenn z. B. im angegebenen Falle der Weber 3 Kinder hat, so erhält er zu seinem verdienten Lohn pro Tag 5 Franken = 50 Pf. oder in 12 Arbeitstagen noch rund 10 Mk. dazu, so daß sein wirklicher Arbeitsverdienst 101 Mk. in zwei Wochen bei 44stündiger Arbeitszeit beträgt.

Wir sehen an diesem Beispiel, daß es nicht wahr ist, daß in Frankreich und speziell im Elsaß die Arbeitslöhne, wie behauptet wird, 50 Proz. unter dem deutschen Arbeitslohn liegen, sondern daß sie im Gegenteil den Vergleich aushalten. Selbstverständlich kann der französische Arbeiter bei dem gleichen Verdienst ganz andere Lebensbedürfnisse befriedigen als sein deutscher Kollege.

Über auch der Akkordlohn ist nicht so fürchtbar niedrig, als man es uns hinzustellen beliebt. Die Kollegen der Orte, in denen ähnliche Waren gearbeitet werden, haben die Möglichkeit, Lohnvergleiche anzustellen. Mindestens ist hier dazusetzen, daß auch in Frankreich dort, wo der Weber viel leisten muß (drei Stühle), er auch einen anständigen Lohn verdient; denn wenn wir nicht sehr irren, gibt es in Deutschland sehr viele Weber, die in 44 Stunden erheblich weniger als 50 Mk. verdienen.

11. Bundesausschußsitzung des ADGB.

Der Bundesausschuß des ADGB trat am 10. März im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 11. Sitzung zusammen.

1. Mitteilungen des Bundesvorstandes.

Der Vorsitzende des ADGB, Leipzig, wies zu Beginn der Sitzung auf die nationalsozialistische Propaganda gegen die Konsumvereine hin, der die Gewerkschaften in ihrer Presse entschieden entgegenzutreten sollten.

Der Vorstand ist der Meinung, daß an der Arbeitsruhe am 1. Mai festgehalten werden soll, und zwar wie früher überall dort, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist.

Der Bundesausschuß nahm die Anregungen, die der Vorsitzende in seinem Bericht gegeben hatte, einstimmig an.

Die allgemeine Lage.

Leipzig erstattete nunmehr Bericht über den Ausgang der Verhandlungen mit den Unternehmern, mit denen sich der Bundesausschuß auf seiner letzten Tagung beschäftigt hatte.

Leipzig wandte sich dann den Verhandlungen zu, die zu der gemeinsamen Erklärung der Spitzenorganisationen führte, die bei der Besprechung der Gewerkschaften mit Hindenburg dem Reichspräsidenten unterbreitet wurde. Der Reichstanzler Brüning, der bekanntlich an der Unterredung teilnahm, hat erklärt, daß er die Besprechungen mit den Gewerkschaften fortsetzen würde.

Die Gewerkschaften haben zwar dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung erneut ihre Meinung gesagt, sich entschieden gegen den Lohnabbau gewandt und die Arbeitszeitverkürzung gefordert. Die Entschlüsse, die der Vorstand dem Ausschuß diesmal vorgelegt hat, bedeuten eine nachdrückliche Bekräftigung der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Schwierigkeiten zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung sind nach Auffassung des Vorstandes keineswegs unüberwindlich. Die Oktober-Entschlüsse hatten die Arbeitszeitverkürzung nur als Notmaßnahme gefordert. Die neue Entschlüsse gehen darüber hinaus. Sie legt entschiedenes Gewicht darauf, daß eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht genommen werden müsse, wenn der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wirksam Rechnung getragen werden sollte.

Auch gegen den planmäßigen Lohnabbau muß der Bundesausschuß wiederum Stellung nehmen. Eine Entschlüsse zur Arbeitszeit, die an anderer Stelle abgedruckt ist, und nachstehende Entschlüsse zur Lohnfrage wurden einstimmig angenommen.

Zur Lohnfrage.

Trotz aller Warnungen und Proteste der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungszwanges die Lohnkürzung in ungezählten Fällen durchgeführt worden, mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesagt wurden. Statt der in Aussicht gestellten Belebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftvernichtung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Kranken- und Wohlfahrtsunterstützung fließen unmittelbar und reines in den Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen An-

trieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Existenz weiter Kreise der Handel- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesausschuß erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung, wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen fortan der Arbeiterschaft gegenüber dem rücksichtslosen Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen."

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung wird die Frage der Beziehungen der Gewerkschaften in Memelland zu den deutschen Gewerkschaften erörtert. Leipzig macht Mitteilungen über die Lage und die organisatorischen Verhältnisse der Gewerkschaften des Memellandes. Fast alle dortigen Gewerkschaften haben sich zum Memelländischen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen und bei diesem besteht nun das Bestreben, sich mit den deutschen Gewerkschaften enger zu verbinden. Diesem Wunsch könne dadurch Rechnung getragen werden, daß sich der Memelländische Gewerkschaftsbund dem ADGB anschließt, der Bundesvorstand schlägt vor, daß der Bundesausschuß ihn ermächtigt, mit den memelländischen Gewerkschaften über eine solche Lösung zu verhandeln. Der Bundesausschuß stimmt diesem Vorschlag zu.

Leipzig berichtet ferner, daß der Bundesvorstand die Veranstaltung eines Bauarbeiterschutzes vorschlägt. Die internationale Bauausstellung bietet einen erwünschten Anlaß zu dem Kongreß. Die meisten der beteiligten Verbände haben dem Gedanken bereits zugestimmt. Der Zweck des Kongresses soll sein, die Öffentlichkeit nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Vereinhaltung des Bauarbeiterschutzes hinzuweisen.

Zur Beratung kommt dann die Frage des Verhältnisses einiger Verbände des ADGB, die Angestellte zu ihren Mitgliedern zählen, zum APF-Bund. Diese Verbände haben das Bestreben, für diesen Teil ihrer Mitglieder den Anschluss an den APF-Bund zu erwerben. Unmittelbar praktische Bedeutung hat die Angelegenheit zunächst für den Gesamtverband. Dem entsprechenden Antrage des Gesamtverbandes wird zugestimmt. Leipzig betonte, daß dieser Beschluß in keiner Weise den Organisationsvertrag zwischen ADGB und APF-Bund berührt.

Leipzig beschloß die Sitzung mit einem Hinweis auf die wachsende Not der Massen und die Sorgen der Gewerkschaften. In der schwersten Zeit müssen sich alle tätigen Menschen in der Bewegung ihren ersten Pflichten und der Größe ihrer Aufgabe doppelt bewußt sein. Die Gewerkschaften haben trotz allem keinen Anlaß zur Rücksichtlosigkeit. Ihre Pflicht ist, die Sorge der Massen auf sich zu nehmen und die Schatten der Arbeitslosigkeit auch aus den Reihen der von stärkstem wirtschaftlichem Druck gequälten Arbeiterschaft zu bannen.

Phantasien eines Unternehmiergehirns

In der „Bergwerks-Zeitung“ versucht ein Direktor der Vereinigten Stahlwerke auseinanderzusetzen, daß Unternehmergewinn für die Volkswirtschaft besser ist als hohe Arbeitslöhne. Hören wir, wie dieser Herr die Lage beurteilt:

„Je größer der Unternehmergewinn, um so besser fährt auch der Arbeiter. 1000 Mk. in der Hand des Unternehmers haben einen weit größeren Wert für die Gesamtheit als dieselben 1000 Mark in den Händen von 100 Arbeitern. Im letzten Jahre vor dem Weltkriege hatten wir (nach Angaben des statistischen Reichsamts) in Deutschland 15 547 Millionäre, im Jahre 1929 nur noch 2335, und bezüglich der zehnjährigen Millionäre lauten die entsprechenden Zahlen 229 und 33; dafür heute aber auf Seiten der Arbeiterschaft beileibe kein Gewinn, sondern nahezu 5 Millionen Menschen ohne Arbeit.“

1000 Mk. in der Hand des Unternehmers sollen einen weit höheren Wert für die Gesamtheit haben, als wenn 100 Arbeiter über die gleiche Summe verfügen. Wenn von solchen volkswirtschaftlichen „Kapazitäten“ immer wieder behauptet wird, daß hohe Arbeitslöhne zum Schaden der Wirtschaft ausfallen, so könnte doch einmal, um alle Wirtschaftsnöte mit einem Schlage zu beseitigen, der Versuch gemacht werden, die Arbeitslöhne überhaupt abzuschaffen. Warum Ausgaben für Löhne und Gehälter, wenn sie volkswirtschaftlich schädlich sind? Doch Scherz beiseite. Ein Teil der Unternehmer bewertet Löhne und Gehälter nur als Unkosten, ohne daran zu denken, daß sie den großen Aufbauparagrafen für die volkswirtschaftlichen Güter bilden. Wenn es in Deutschland weniger Millionäre und dafür eine stärkere Beteiligung der breiten Masse am Gesamteinkommen geben würde, so wäre dies durchaus nicht zu bedauern.

Streifzüge durch die Sozialversicherung

Die Unfallversicherung

Die Unfallversicherung tritt mit ihren Leistungen nur dann ein, wenn nachweislich ein Betriebsunfall vorliegt. Bei allen anderen Schadensfällen werden die Leistungsansprüche abgelehnt. Der Feststellung und Entscheidung darüber, ob ein Betriebsunfall vorliegt, dient in jedem einzelnen Falle die sogenannte Unfalluntersuchung. Die Feststellungen dieser Untersuchungen beziehungsweise die Niederschriften derselben dienen als Grundlage für das gesamte Entschädigungsverfahren. Glaubt bereits die Unfalluntersuchung nicht zugunsten des Versicherten aus, dann ist noch viel weniger — oder fast gar keine — Hoffnung für einen günstigen Verlauf des einziehenden Entschädigungsverfahrens zu erwarten. Aus diesen kurzen Andeutungen ist die ungeheure Wichtigkeit der Unfalluntersuchung ersichtlich. Leider ist dies in den Kreisen der Versicherten noch nicht genügend bekannt. Die Bestimmungen usw. über die Unfalluntersuchung sind für viele noch in tiefes Dunkel gehüllt. Es ist deshalb notwendig, auch hierauf einmal kurz einzugehen.

Die näheren Bestimmungen über die Unfalluntersuchung sind in den §§ 1559 bis 1567 der Reichsversicherungsordnung festgelegt. Nach demselben ist eine Unfalluntersuchung für den Fall vorgeschrieben, daß ein Versicherter infolge Betriebsunfalls getötet wird oder derart verletzt worden ist, daß er voraussichtlich länger als acht Wochen erwerbsunfähig ist. Die Untersuchung ist von der Ortspolizeibehörde vorzunehmen. Sie soll so bald wie möglich nach dem Unfall erfolgen. Um die Untersuchung überhaupt durchführen zu können, muß die Polizei von dem Unfall Kenntnis erhalten. Aus diesem Grunde ist jeder Arbeitgeber bei Vermeidung einer Strafe verpflichtet, jeden Unfall, der sich in seinem Betriebe ereignet, der Ortspolizeibehörde innerhalb drei Tagen, nachdem er von ihm Kenntnis erhalten hat, anzuzeigen. Es ist jeder Unfall anzuzeigen, durch den ein Beschäftigter getötet oder so verletzt ist, daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Die Ortspolizeibehörde ist ohne besonderen Antrag oder Anordnung zur Untersuchung verpflichtet. Darüber hinaus kann die Krankenkasse oder die Berufsgenossenschaft auch dann die Untersuchung durch die Polizeibehörde beantragen, wenn es sich um geringfügigere Verletzungen handelt. Auf Grund dieser Bestimmungen braucht sich der Verletzte demnach nicht um das Zustandekommen der Untersuchung zu kümmern. Diese muß vielmehr automatisch erfolgen.

Sehr wichtig ist nun, daß der Versicherte auch selbst eine Untersuchung beantragen kann, wenn dieselbe nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht von Amts wegen erfolgen sollte. Zu diesem Antrag sind gegebenenfalls auch die Hinterbliebenen des Versicherten berechtigt. Der Antrag ist bei dem Versicherungssamt zu stellen, das ihn dann weiterleitet. Neben dem Verletzten oder seinen Hinterbliebenen können an der Untersuchung teilnehmen oder sich vertreten lassen die Träger der Kranken- und Unfallversicherung, der Unternehmer, das Versicherungsamt und die staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten. Auch sonst noch irgendwie Beteiligte sollen mit hinzugezogen werden. Der Verletzte oder seine Hinterbliebenen können auch einen Rechtsbeistand mitbringen. Zugelassen werden als Rechtsbeistand jedoch nur solche Personen, die das Verhandeln vor Behörden um nicht geschäftsmäßig betreiben. Auf Antrag des Versicherungsträgers oder auch des Verletzten können Sachverständige zugezogen werden. Die Kosten, die hierdurch entstehen, hat der Antragsteller zu tragen. In und durch die Untersuchung sollen alle Merkmale, wie Veranlassung, Zeit, Art des Unfalls, Name der Verletzten, Art der Verletzung usw. festgestellt werden. Ueber die Verhandlung ist eine Niederschrift zu machen, die an die Berufsgenossenschaft einzureichen ist.

Die deutsche Reichs-Unfallverhütungswache (RUW) macht Schule!

ADGB. Nachdem schon in mehreren Ländern zum Beispiel in Österreich, Schweiz, Rumänien und Tschechoslowakei „Wachen“ zur Unfallverhütung propaganda, von Teil unter Benutzung des deutschen berufsgenossenschaftlichen Materials, veranstaltet wurden, kommt jetzt auch aus Japan eine derartige Nachricht. Im Jahre 1929 hat die japanische Regierung eine „Landeswache für Unfallverhütung“ in sämtlichen Bergwerken und Fabriken des Landes organisiert. Die staatliche Stelle, die er nennt, ist die wichtigste soziale Einrichtung zur Unfallverhütung geworden; sie bezweckt durch Erklärungsmaßnahmen die Wirkung der gesetzlichen Vorschriften zu ergänzen.

raten“, so ist das nichts anderes als ein schamloser Volksbetrug. Denn die Kommunisten haben noch niemals etwas gegen die Aufrüstungspolitik in Rußland unternommen, sie haben sogar ausdrücklich die Zusammenarbeit zwischen der russischen Armee und der deutschen Reichswehr gebilligt. Die Hatentkämpfer sind überhaupt gegen jede Aufrüstung, sie möchten am liebsten die riesigen Armeen und die große Flotte der Vorkriegszeit wieder herstellen, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes.

Das polnische Parlament hat den deutsch-polnischen Handelsvertrag und das deutsch-polnische Liquidationsabkommen genehmigt. Der Außenminister Jaleski wies darauf hin, daß nur durch internationale Zusammenarbeit die Mittel zur Bekämpfung der furchtbaren Wirtschaftskrise gefunden werden könnten. In Deutschland ist der deutsch-polnische Handelsvertrag bisher leider noch nicht zur Ratifizierung vorgelegt worden.

In Auswirkung der englisch-indischen Konferenz in London ist es jetzt zu einem Friedensschluß zwischen den Parteien in Indien gekommen. Gandhi, der Führer der nationalen Bewegung in Indien, hat erklärt, daß er seinen Kampf gegen die englische Regierung einstellen werde. Der Allindische Kongreß, die Organisation der indischen Nationalisten, zog seine Aufforderung zum Boykott der Gesehe zurück und zu gleicher Zeit hob die Regierung die Ausnahmegeetze gegen die allindische Bewegung auf. Der allindische Feldzug gegen Steuern und Pachtzinsen wird eingestellt, ebenso der Boykott gegen die englischen Waren. Dafür werden die infolge Steuerstreiks beschlagnahmten Vorräte zurückgegeben und alle noch ausstehenden Geldstrafen erlassen. Die im Laufe des Gandhi-Feldzuges verhafteten und verurteilten Personen sind freigelassen und alle noch schwebenden Verfahren eingestellt worden.

Der Allindische Kongreß wird sich an den Beratungen des in London begonnenen indischen Verfassungsverwerkes beteiligen. Mit dem Abschluß dieses Friedensvertrages hat die englische Arbeiterregierung einen Erfolg von außergewöhnlicher Bedeutung erzielt.

Ein zeitgemäßer Vergleich.

ADGB. Die Zeitschrift des amerikanischen Roten Kreuzes brachte kürzlich zwei typische Abbildungen. Das eine zeigte amerikanische Soldaten, die zum Transport in den Weltkrieg abzurufen und mit erster Klasse von ihren weinenden Eltern Abschied nehmen. — Auf dem zweiten Bilde ist ein frühliches junges Paar zu sehen, das zu einem Auto eilt, während die Eltern lustig hinter ihm herwinken. Unter den beiden Bildern steht folgendes Kommentar: „Im Weltkrieg 1917 ist diesen 37 568 Amerikaner.“ Unter dem zweiten: „Im Jahre 1929 wurden 33 061 Amerikaner vom Auto getötet.“

Bereinigung im Blumenstein-Konzern

Im Blumenstein-Konzern hat es eine Reihe von Auseinandersetzungen gegeben, für die anscheinend weniger der Konzern selber als die deutschen Großbanken maßgebend sind.

Der Blumenstein-Konzern stützt sich vorzugsweise auf die Textilindustrie, aber dann auch auf die Mühlenindustrie. Der Konzern in seiner ursprünglichen Form erfaßte von der Juteindustrie die Hamburger Vereinigte Jute-Spinnereien und -Webereien, die Rheinisch-westfälische Sackindustrie Mannheim und Berlin, von der Hanfindustrie die Hanfunion in Schopfheim mit Zweigfirmen in Zittau und Säckingen, von der Leinenindustrie u. a. die Erdmannsdorfer AG. im Zillerthal, die Mechanische Weberei in Sorau, die Schweidnitzer Leinen- und Baumwollindustrie, die Sächsische Segeltuchweberei in Chemnitz und die Segeltuchweberei in Meerane, von der Baumwollindustrie die Vertriebsgesellschaft Allgemeine Textilmanufaktur in Berlin, die Giesenkirchner Spinnindustrie, die Chemnitz-Vogelweber-Spinnerei, die Ribbert AG. in Hohenlimburg, die Etlinger Spinnerei und Weberei, die Lörracher Baumwollindustrie, die Kattundruckerei Suckert und die Mautner AG., beide in Oberlangensielau. Die Mühleninteressen wurden einerseits durch die Illkircher Großmühlen (Frankreich) und durch den Berliner Mühlenkomplex (Viktoria-Mühle und Berliner Dampfmühlen) vertreten.

An dem ganzen Konzern fällt das Uneinheitliche auf. Das gilt auch für die Dachgesellschaften. Die Verwaltung liegt in vier verschiedenen Firmen, einmal bei der Bank für Textilindustrie in Berlin, der Textilverwaltung AG., ebenfalls in Berlin, der Josef und Alfred Blumenstein G. m. b. H. und des anderen bei der Allindubank (Allgemeine Industrie- und Bankvereinigung) in Amsterdam. Im großen und ganzen handelt es sich hier um Finanzierungsinstitute, und die Blumensteins können für sich in Anspruch nehmen, daß sie nach der Inflation die erste größere Auslandsanleihe, 1 Million englische Pfund = 20 Millionen Mark, heringeholt haben. Bei den oben erwähnten Schwierigkeiten hinsichtlich der Zinszahlungen und Tilgung an die Engländer handelt es sich um diese Anleihe. Da liegt aber bei weitem nicht der Schwerpunkt der ganzen Verwicklung. Für die 20-Millionen-Markanleihe mußten Konzernbetriebe im Jahre 1925 gemeinschaftlich haften. Es besteht also Solidarhaftung.

Neben der englischen Schuld laufen bei den deutschen Großbanken noch andere Schulden der Blumensteins, die weit höher sind. Man nennt hier Zahlen zwischen 50 und 80 Millionen Mark und es wird sein, daß die deutschen Großbanken die eingefrorenen Summen flüssig machen wollen. Unter Umständen wäre das der Verkauf von einzelnen Konzernfirmen.

Einen guten Eindruck wird der Fall Blumenstein natürlich nicht machen. Er kommt angesichts der Notwendigkeit, neuen Auslandskredit für die deutsche Wirtschaft zu erwirken, besonders bedauerlich vor, wenn man sich vergegenwärtigt, wie man sich verhalten sollte.

12 Prozent

Zu guter Letzt sei noch die neue Dividendeerhöhung der Kammmgarnspinnerei Schönewitz AG. Silberstraße bei Wiesaberg erwähnt. In der Aufsichtsratsversammlung wurde beschlossen, die Dividende auf 12 Prozent zu erhöhen. Die Dividende auf 12 Prozent vorzuschlagen, nachdem die Ausschüttung schon im Vorjahr von 8 auf 10 Prozent kam, ist ein Zeichen für die finanzielle Lage der Spinnerei. Auch für die anderen Betriebe des Konzerns ist dies ein gutes Zeichen.

Berostehende Wiedereröffnung stillgelegter Textilbetriebe

Bedburger Wollindustrie A.-G. ...

Die Bedburger Wollindustrie A.-G. ...

Die Bedburger Wollindustrie A.-G. ...

Die Gesellschaft hat selbst 1913 keine Dividende verteilt. Auch in allen Geschäftsjahren seit 1924 fand die Ausschüttung einer Dividende nicht statt. Trotzdem hat inzwischen eine Kapitalerhöhung von 1 Million Mark auf 2 Millionen Mark stattgefunden. Daß trotz Dividendenlosigkeit eine Kapitalerhöhung stattfand, beweist die Richtigkeit des Standpunktes, wonach die Dividendenlosigkeit dem schlechten oder guten Stande eines Unternehmens nicht Ausdruck verleiht.

Die Nachricht über die kommende Wiedereröffnung der Bedburger Wollindustrie A.-G. wird durch die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ verbreitet, die in ihrer Nummer 41 vom 18. Februar 1931 sagt, daß demnächst wieder mit der Aufnahme der Produktion zu rechnen sei, wobei man allerdings das Einsetzen der wärmeren Jahreszeit abwarten wolle, um dann unter günstigeren Bedingungen vorerst einen Teil der Betriebe in Gang zu setzen.

Man darf sich also ganz allgemein der Hoffnung hingeben, daß mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit die Wiedereröffnung stillgelegter Textilbetriebe in stärkerem Umfange erfolgt.

Günstiges Teppichgeschäft

10/15 prozentige Umsatzerhöhung.

Wie man aus den Kreisen des Einzelhandels mit Teppichen, Gardinen, Möbel- und Dekorationsstoffen erfährt, hat sich der Geschäftsgang nach Schluß der erfolgreichen Inventurausverkäufe wiederum recht befriedigend angelassen. Der Umsatz liegt im allgemeinen um 10/15 Proz. höher als im Vorjahre, eine Tatsache, die nicht zuletzt auf die 15- bis 20-prozentige Preissenkung für Markenteppiche zurückzuführen ist. Nicht anders ist die Lage auch für Möbel- und Dekorationsstoffe, während die Umsatzerhöhung für Gardinen bei einem Preisabbau bis zu 25 Proz. sogar noch größer ist. Im allgemeinen erwartet der Einzelhandel ein günstiges Ostergeschäft.

An Teppichen werden vor allem Bouclé, mechanische Smyrna und gute Tournayqualitäten gefragt. Für Dekorationszwecke werden noch kunstseidene Jacquard-Ripse in guten Mittelqualitäten zwischen 2,90 Mk. und 8,50 Mk. bevorzugt, während für bessere Ware nur wenig Interesse besteht. Der Dekorationsstoff ist eines von den wenigen Gebieten, wo die Kunstseide nach wie vor konkurrenzlos Verwendung findet und auch in absehbarer Zeit von keinem anderen Material abgelöst werden dürfte. Als Möbelstoffe werden Wollmoquette in modernen Dessins, Epingle und Moquette-Frisé gekauft.

Die Gardinenmode steht nach wie vor im Zeichen des Faltenstoffs aus Gittertüll mit Handdurchzug oder Klöppelinsatz. Desgleichen auch in Filet und Piongi-lacé, wobei auch Marquisette als Grundstoff Verwendung findet. Für das Schlafzimmer steht gewebter Phantasievolle, Marquisette sowie bedruckter, indanthrengefärbter Kunstseidenvoile, nach den verschiedensten Methoden zusammengesetzt, im Vordergrund des Interesses.

Die Industrie äußert sich auch mit dem Umsatz in Gardinen überaus zufrieden und rechnet ebenso wie der Einzelhandel noch mit einer weiteren Hebung des Geschäftes, wenn sich die Bautätigkeit erst etwas belebt hat.

Von den Wollmärkten

Im Rohwollpreise ist auf der letzten Londoner Wollbörse eine scharfe Wendung eingetreten. Wenn auch die Notierungen des Bradforder Wollpreisindex für den Monat Januar noch keine Preiserhöhung zum Ausdruck bringen, ist doch eine Nachfrage nach

Die Entwicklung des Versicherungsbestandes der Volksfürsorge

Das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen konnte als einzige Versicherungsgesellschaft am Ende der Inflation, im November 1923, 350 000 Versicherungen auf Rentenmark umstellen. In unermüdlicher Arbeit gelang es, in den folgenden Jahren — wie aus der Abbildung ersichtlich — den jährlichen Antragszuwachs beachtenswert zu steigern.

Durch den ständigen Neuzugang erhöhte sich der Versicherungsbestand von Jahr zu Jahr. 1926 war der Gesamtbestand auf 737 738 Versicherungen mit 246,7 Millionen Mark Versicherungssumme, 1928 auf 1 471 140 Versicherungen mit 581,6 Millionen Mark Versicherungssumme angewachsen und erreichte Ende 1930 mit 2 200 000 Versicherungen und rund 900 Millionen Mark Versicherungssumme den Höhepunkt.

Die Volksfürsorge hofft, auch im neuen Jahre wieder ein gutes Stück vorwärtskommen.

Wolle eingetreten, die eine Preisbefestigung bzw. ein Wiederanziehen der Preise im Gefolge hatte. Firmen, die sich bisher nicht entschließen konnten, zu den niedrigen Preisen einzukaufen, müssen das nunmehr bei höheren Preisen nachholen, wodurch eine noch stärkere Nachfrage nach Rohwolle erzeugt wird. Auf der Londoner Wollauktion wurden Crossbreds nach Deutschland zu 2 1/2 bis 5 Proz. höheren Preisen abgesetzt, Merinos waren sehr knapp und lagen 7 1/2 bis 10 Proz. fester.

Die höheren Preise für Kammmzug haben sich schon dahingehend ausgewirkt, daß sich auch die Kammgarnpreise von 4,50 Mk. auf 5 Mk. pro Kilogramm erhöhten. Der deutsche Rohwollpreis ist wohl noch unverändert, doch sind die Kammmzugpreise von 2,70 Mk. auf 2,85 Mk. je Kilogramm gestiegen.

Auf die Meldung, daß sich auf der Londoner Wollauktion deutsche Wollaufkäufer stark betätigten, gingen Mitteilungen von starker Eindeckung deutscher Wollunternehmen mit Rohwolle ein. Die Wolldeckenfabrik Bruckmühl A.-G. mietete sogar fremde Lagerräume, um ihre Rohwollmengen unterzubringen. Bald werden wir vernehmen, daß fertige Wollwaren im Preise weiter steigen, deren Rohstoffe zu Preisen eingekauft waren, die weit unter dem Vorkriegspreis liegen. Wir werden dann weiter lesen, daß die „hohen“ Löhne und sonstige Gesteungskosten eine Auswirkung der zu niedrigsten Preisen eingekauften Rohwolle im Fertigprodukt nicht zulassen. Der Gruppendurchschnitt des Bradforder Wollindex (Rohwolle, Kammtüge und Garne) für Januar 1931 mit 67 Punkten (Mai 1914 = 100 Punkte) ist seit dem Jahre 1912 der niedrigste.

Jutepreise

Die seit 1 1/2 Jahren ununterbrochene Abwärtsbewegung der Rohjutepreise scheint jetzt allmählich zum Stillstand zu kommen. Ende 1930 kostete die Rohjute nur noch ungefähr die Hälfte des Jahresdurchschnittspreises der Jahre 1927 bis 1929. (1927: 0,63; 1928: 0,67; 1929: 0,63; Dezember 1930: 0,32 Mk.) In der ersten Hälfte des Monats Januar ließen die Rohjutepreise bis auf 0,30 1/2 Mk. nach und sind seitdem so gut wie unverändert geblieben.

Jutegewebe Hessian 320 kostete im Monatsdurchschnitt in Mark

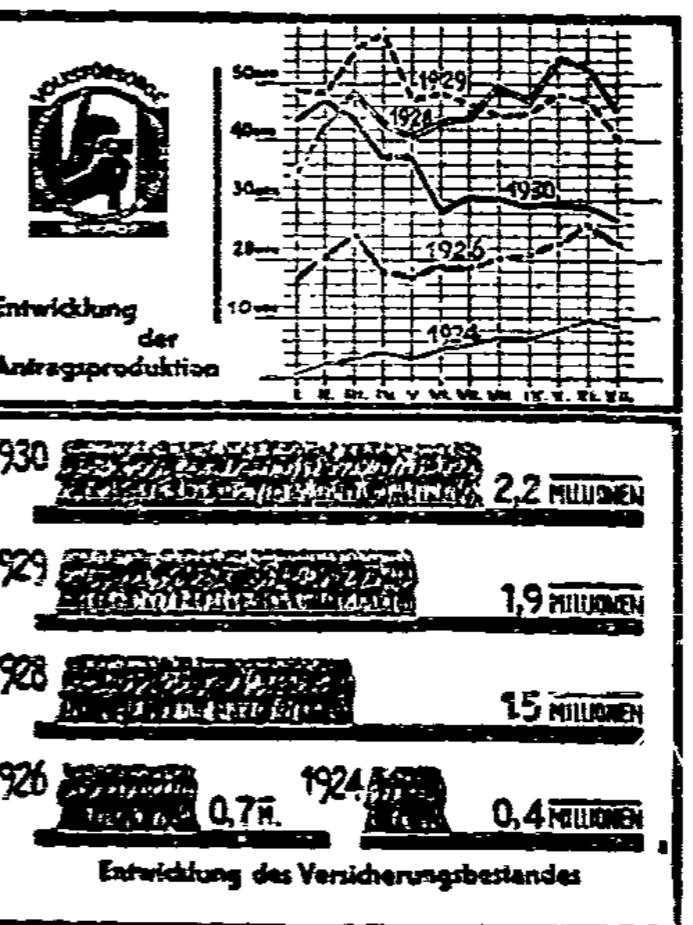
1913	1927	1928	1929	1930
1,13	1,32	1,38	1,25	1,01

Die Rohjutepreise ermäßigten sich im Durchschnitt seit 1927 um 32 Proz., die Gewebepreise für Hessian 320 um 24 Proz.

Hartes Urteil über die Leistungen der russischen Textilindustrie

Wir entnehmen den „Swestja“ (26. Januar) über die Ergebnisse der Textilindustrie im Jahre 1929/30 folgende Angaben:

„Die Baumwollindustrie hat 1929/30 ungefähr 2 Milliarden Meter Stoff erzeugt, von denen aber 428 Millionen, also 20,3 Proz., Ausschussware waren. Im ersten Staatstrust erreichte der Ausschuss sogar 29,7 Proz., im zweiten Staatstrust 24,4 Proz. Aber diese Angaben stammen von den Werken selbst. Tatsächlich ist der Anteil der Ausschussware noch erheblich höher. Sehr unbefriedigend ist es auch in bezug auf die Qualität der Wollwaren bestellt. Im verflossenen Jahr betrug die Ausschussware bei Kammgarnen über 15 Proz., bei feineren Wollstoffen 3,3 Proz. Aber auch hier ist die Wirklichkeit noch viel unbefriedigender, als die Statistik erkennen läßt. In zahlreichen Fällen mußte die Ware wegen großer Mängel im Preise um 25—50 Proz. herabgesetzt werden. In einigen Betrieben kann die gesamte erzeugte Ware als Ausschussware bezeichnet werden. Man findet selten in einer Warenpartie zwei Stücke, die ganz gleichwertig sind.“



Wirtschaftsnotizen

280 bis 290 Riesegehälter bei der Reichsbahn

Eine lehrreiche Aufstellung. Das Streben der Reichsbahndirektion, die Löhne und Arbeitsbedingungen der unteren Reichsbahnbeamten und der Reichsbahnarbeiter zu drücken, hat oft Veranlassung gegeben, auf die zahlreichen Riesegehälter, die das Unternehmen seinen höheren Beamten zahlt, hinzuweisen. Nunmehr hat endlich der Reichsverkehrsminister im Haushaltsausschuß des Reichstages Ausführungen gemacht, die bestätigen haben, daß eine sehr große Menge solcher Riesegehälter gezahlt werden. Es wird nun begreiflich, warum die deutsche Reichseisenbahn mit zu denjenigen Eisenbahngesellschaften Europas gehört, die die höchsten Fahrpreise von ihren Fahrgästen fordern.

Nach dem Reichsbahngesetz bestimmt den Kreis der leitenden Beamten der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Dieser Verwaltungsrat hat bisher 280 bis 290 leitende Beamte bestellt, die in der zentralen Verwaltung und in der Bezirksverwaltung arbeiten.

Generaldirektor Dormmüller bezog bisher ein jährliches Gehalt von 93 600 Mk., wovon ab 1. Januar 1931 20 Proz. abgezogen werden. Daneben hat der Reichsbahnpräsident 19 000 Mk. Repräsentationsgelder verbraucht.

Der stellvertretende Generaldirektor hat bisher ein Gehalt von 63 600 Mk. bezogen und 9 500 Mk. Repräsentationsgelder erhalten. Auch hier erfolgt vom Gehalt ab 1. Januar 1931 ein Abzug von 20 Proz.

Dem Generaldirektor und dem stellvertretenden Generaldirektor steht ein Vorstand von sieben Mitgliedern — alles hochbezahlte Direktoren — zur Seite. Diese sieben Direktoren haben bisher ein Jahresgehalt von 40 800 bis 45 600 Mk. bezogen, wovon ab 1. Januar 1931 ebenfalls 20 Proz. abgezogen werden. Diese Vorstandsdirektoren haben außerdem Repräsentationsgelder, Bezüge in Höhe von 7 000 bis 10 000 Mk. jährlich.

Dann folgen neun Abteilungsleiter der Hauptverwaltung und Gruppenverwaltung Bayern, die je ein Jahresgehalt von 26 500 bis 27 000 Mk. erhalten. Diese Gehälter unterliegen geringeren Kürzungen entsprechend dem Vorgehen des Reiches vom 1. Februar 1931 ab.

Dann werden genannt 29 Präsidenten der Reichsbahndirektion. Die Gehaltsbezüge betragen 19 000 bis 23 000 Mk. jährlich. Sie erhalten außerdem Repräsentationsgelder in Höhe von 2 000 bis 4 500 Mk. 62 weitere Reichsbahndirektoren erhalten als Mitglieder der Hauptverwaltung oder der Gruppenverwaltung Bayern Jahresgehälter von 17 850 bis 21 689 Mk.

Die Vizepräsidenten der Reichsbahndirektion erhalten ein Jahresgehalt von 17 629 bis 21 050 Mk. Zu nennen sind noch die Abteilungsleiter wie sogenannte hervorgehobene Mitglieder bei den Reichsbahndirektionen, die über Jahresinkommen von 13 625 bis 17 833 Mk. verfügen. Alle diese Gehälter werden vom 1. Februar 1931 ab entsprechend dem Vorgehen des Reiches gekürzt.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Samstag, 22. März ist der Beitrag für die 12. Woche fällig

Ausschluß

Das Mitglied Arthur Riede, wohnhaft in St. Egidien, eingetreten in den Verband am 15. Oktober 1910, Geschäftsführer unserer Zahlstelle in Hohenstein-Ernstthal seit dem 1. Mai 1921, wird wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung aus der Organisation ausgeschlossen.

Der Hauptvorstand.

Verlorene Mitgliedsbücher

Das Mitgliedsbuch Nr. 1584 789, lautend auf den Namen Franz Brinkemöller, Weber, geboren am 26. März 1877 zu Osnabrück, gewerkschaftlich organisiert seit dem 3. November 1901 beim Einheitsverband der Eisenbahner, übergebenen zu unserer Organisation am 18. Juli 1925, ist verloren gegangen.

Das Mitgliedsbuch wird hiermit für ungültig erklärt; wird es irgendwo vorgelegt, dann bitten wir, es einzuliefern und an die Ortsverwaltung Osnabrück, Kollegen Heinrich Heinsmann, Kollegenwall 14, zu senden.

Der Hauptvorstand.

Adressenänderungen

Holland: Boogseerd ist zu streichen. An seine Stelle tritt H. J. Stuvé, Wondelstraat 48.

Gau Augsburg: Martredwig, W. B. Johann Friedl, Wunsiedel, Hornschuchstraße 64a. Christian Thümmig, Wunsiedel, Realschule 3.

Alle Sendungen an den A. Adresse für Unterstufungen: Gewerkschaftshaus, Büro Wunsiedel, Hornschuchstraße 66. Tel.: 198.

Nürnberg: Georg Jahreis, Nürnberg A, Breitengasse 25/27.

Gau Dresden: Kleinpetersdorf: Bemann ist zu streichen. B. und A.: Wäther Georgie, Altenhain, Amts-G. Chemnitz, Nr. 66 H.

Rengenfeld i. B.: Suderer ist zu streichen. B. Johannes Wehborn, Reichenbacher Straße. Alle Sendungen an Domisch.

Responsible Redakteur: Hugo Pfeiffer in Berlin. — Verlag: Karl Schöber in Berlin, Märker Str. 49. — Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft in Berlin.

Arbeitslosigkeit, ein Problem der Volksgesundheit

Eine Denkschrift für Regierung und Parlamente

Der bekannte Politiker und Arzt Dr. Julius Moses, Mitglied des Reichstags und des Reichsgesundheitsrats, hat der Regierung und den Parlamenten eine Sammlung von ärztlichen Gutachten überreicht, welche sehr gut erkennen lassen, inwieweit die Volksgesundheit, das wichtigste Gut, das ein Staat aufweisen kann, von der Arbeitslosigkeit beeinflusst wird. Dr. Moses begründet die Denkschrift folgendermaßen:

„Wir haben, da die Gefahr besteht, daß die kommenden Entscheidungen der Gesetzgebungen das gesundheitliche Moment der Arbeitslosigkeit wieder unbeachtet lassen, an eine Reihe von bedeutenden Ärzten auf allen medizinischen Gebieten, Internisten, Chirurgen, Kinderärzten, Nervenärzten usw. die Bitte gerichtet, uns ihre Erfahrungen und Meinungen über die gesundheitlichen Wirkungen und Begleiterscheinungen der Arbeitslosigkeit mitzuteilen. Wir legen diese Gutachten gesammelt den Regierungen und den Volksvertretungen, den politischen Parteien und den Gesundheitsbehörden vor. Leider haben unsere Erfahrungen bestätigt, daß den gesetzgebenden Körperschaften wie überhaupt der Öffentlichkeit über die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen gesundheitlichen Schäden so gut wie gar nichts bekannt ist. Die vorliegende Denkschrift soll nun zeigen, welche verheerenden Wirkungen auf die Volksgesundheit die Arbeitslosigkeit ausübt.“

Nachfolgend lassen wir Ausführungen, welche einige der gefragten Ärzte in ihren Antworten an Dr. Moses machten, folgen.

„Die Bestimmungen der Notverordnung wirken sich aus“

„Aus der täglichen Erfahrung der Praxis kann ich berichten, daß die Bestimmungen der Notverordnung über die Familienbehandlung von den erwerbslosen Eltern als besonders hart empfunden werden. Die Leute können nicht verstehen, daß sie trotz ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage bei Erkrankung ihrer Kinder die gleichen materiellen Opfer aufbringen müssen wie die Arbeiter, die im vollen Erwerb stehen. Noch unverständlicher ist es ihnen, daß ihre Kinder im Erkrankungsfall vom Gesetzgeber schlechter behandelt werden als sie selbst. Die Milderung durch die eventuelle Anwendung des Zusatzes „dericulum in mora“ (Gefahr im Verzuge. D. R.) wirkt sich in der Praxis nur sehr wenig aus.“

S. Buttenwiesen, Berlin

Hygienische Forderungen, die auf dem Papier stehen

„Die heutigen Formen der hygienischen Volksbelehrung, der Aufklärung und Erziehung auf hygienischem Gebiet, für die seitens des Reichs und der Einzelstaaten nicht geringe Summen aufgewendet werden, sind teilweise völlig falsch und unzweckmäßige. Sie sind vielfach auch nur dekorativ (z. B. Dresdener Hygieneausstellung).

Es ist leicht, auf dem Papier hygienische Forderungen zu stellen und dem Volke anzupfehlen. Nicht über die Soll-Hygiene braucht das Volk in erster Linie Aufklärung, sondern die Belehrung muß ausgehen von der Ist-Hygiene, von den bestehenden Zuständen und der Möglichkeit ihrer Besserung im Rahmen dessen, was wir volkswirtschaftlich leisten können.

Die Einwirkung auf die breite Masse muß hier in ganz anderer Weise erfolgen als bisher. Was nützen unsere hygienischen Belehrungen und die Anempfehlung kleiner Mittelchen, wenn die hygienischen Kardinalfragen Wohnung und Ernährung eine so ungesunde Lösung zeigen wie zurzeit bei uns.“

Prof. E. Friedberger, Berlin-Dahlem

Die Mißstände erinnern an die ärgste Not der Kriegsjahre

„Ich kann zwar kein statistisches Material beibringen, wohl aber auch ohne solche Belege mit großer Wahrscheinlichkeit aussagen, daß, in meinem Tätigkeitsbereich wenigstens, die Mißstände bei den Kindern, die ohne Zwang und Zweifel mittelbar oder unmittelbar auf die Arbeitslosigkeit ihrer Eltern zurückzuführen sein dürften, zu schmerzhaften Befürchtungen Veranlassung geben.“

Diese Mißstände erinnern in lebhafter Weise an die ärgste Not der Kriegsjahre. Verschmutzung und Verkaukung, die seit Jahren geschwunden waren, beginnen wiederum häufiger zu werden. Wäsche und Windeln sind vielfach in einem entsetzlichen Zustand. Die Kinder werden nicht gebadet, „weil keine Kohlen zum Heizen da sind“. Die Fürsorge wird zuweilen deshalb nicht aufgesucht, „weil die Kinder im Winter nicht genug zum Anziehen haben“. Wäsche ist zwar vorhanden, aber der Anzug fehlt. Die ärztliche Hilfe in der Ambulanz wird zu spät aufgesucht, „weil das Fahrgehd nicht aufzubringen war“. In letzter Zeit kam es wiederholt vor, daß die Mutter zwar die Herfahrt bezahlen konnte, aber für die Rückfahrt angeblich kein Geld übrig hatte. Die Kosten dafür mußten aus der Ambulanzkasse oder aus der Tasche der Assistenten bestritten werden.“

Prof. Moro, Heidelberg

Aus der Arbeit geworden — Mangelhafte Ernährung

„Die gesundheitlichen Folgen der Erwerbslosigkeit liegen zum Teil auf körperlichem, zum Teil auf seelischem Gebiete. Beide Gebiete stehen in engem Zusammenhange.“

Am schwersten betroffen werden von der Erwerbslosigkeit die älteren männlichen Arbeiter, welchen die Arbeit ein Lebensbedürfnis ist. Wenn man sie fragt: „Fehlt Ihnen was?“, so erhält man oft zur Antwort: „Herr Doktor, mir fehlt nichts als die Arbeit.“

Weniger gut dran sind die Frauen in den mittleren Altersklassen von 40 bis 55 Jahren. Sie sind vielfach noch darauf angewiesen etwas durch Arbeit zu verdienen, und sollen sich umstellen, um durch Aufwartung, Hausarbeit oder dergleichen etwas zu verdienen. Hier versagen die nicht mehr genügend leistungsfähigen Sehnen und Bänder der Beine häufig den Dienst, zumal wenn es sich um

Frauen handelt, welche schwere körperliche Arbeit gemohnt waren und durch eine gewisse Korpuskulenz belastet sind. Es entwickeln sich bei ihnen häufig Plattfußbeschwerden, Krampfadern und Störungen der Herzstätigkeit. Wer einmal mit einem schweren Bohrerbesen ein paar Zimmer gebohrt hat — ich würde jedem Arzt empfehlen, der Wissenschaft halber diese an sich tödliche Bauchgymnastik zu treiben — weiß, welch schwere Arbeit das ist. Man kann sie älteren Frauen kaum zumuten, und so stößt ihre Arbeitsvermittlung in dem Hausdienst oft auf Schwierigkeiten.

Sehr ungünstig sind bei den weiblichen Erwerbslosen die Schwangeren gestellt. Unter diesen trifft man zahlreiche, denen man die Folgen der mangelhaften Ernährung sehr stark ansieht, schlaffe, matt aussehende Frauen und Mädchen mit blaß-bläulichen Lippen und allerhand körperlichen Störungen. Sie liefern auch wohl die Hauptzahl derjenigen, die auf den Korridoren ohnmächtig umfallen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß es auch für den Arzt schwer niederdrückend ist, wenn er die körperlichen und seelischen Verheerungen, besonders bei den Jugendlichen, durch die Erwerbslosigkeit sieht.“

Medizinrat Dr. Dohrn, Hannover

Arbeitslosigkeit und Mutterschutz

Ich bin überzeugt, daß sowohl der praktische Arzt wie der Facharzt für innere Medizin und insbesondere der Kinderarzt, wenn sie nur einen Blick dafür öffnen, täglich die ungünstige Wirkung der Arbeitslosigkeit auf die körperliche und seelische Beschaffenheit, auf den Kräfte- und Ernährungsstand und insbesondere auf die Widerstandskraft des Willens gegen Krankheit und Gebrechen feststellen können.

Über auch in meiner frauenärztlichen Tätigkeit treten diese Zusammenhänge deutlich zutage. Ich habe Gelegenheit, die mich auffuchenden kranken Frauen sowohl in der Ambulanz wie in der Klinik zu beobachten. Meine Erfahrung erstreckt sich nicht nur auf Mitglieder von Krankenkassen, sondern auch auf selbstzahlende Patientinnen (sogenannte Privatpraxis), die ich gleichfalls in der Sprechstunde und in der stationären klinischen Behandlung zu beobachten Gelegenheit habe.

Der Vorteil, den die Befreiung von der Berufsarbeit bei entzündlichen Erkrankungen der Beckenorgane, bei Blutungen und im Zustande der Schwangerschaft den Frauen bringen könnte, wird reichlich aufgewogen durch Mängel der Ernährung und der pflegerischen Mittel, welche die Arbeitslosigkeit herbeiführt.

Ganz besonders unglücklich aber wirkt die Arbeitslosigkeit auf Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett und auf das Schicksal des Neugeborenen. Ich habe dieser Frage im Rahmen meiner in den nächsten Tagen erscheinenden Monographie über Mutterschaftsfürsorge einige Worte der Betrachtung gewidmet und die Forderung aufgestellt, daß die Schwangerenberatung und der Mutterschutz besonderes Augenmerk auf diejenigen Frauen zu richten haben, welche durch eigene Arbeitslosigkeit oder durch Arbeitslosigkeit des Mannes benachteiligt sind. Und es scheint mir ein durchaus erwägenswerter Gedanke, daß auch das Gesetz über die Wochenhilfe durch eine dahingehende Verordnung ergänzt wird. Daß Mängel der Ernährung und der übrigen Lebensumstände zur Zeit der Schwangerschaft auf Gewicht und Lebensfähigkeit des Neugeborenen ungünstigen Einfluß ausüben, ist eine nicht mehr bestreitbare Feststellung.

Auch die Arbeitslosigkeit des Ehemannes oder des Vaters oder anderer männlicher Familienmit-

glieder und Hausgenossen übt ungünstige Wirkung auf die kranke Frau infolgedessen aus, als sie gezwungen ist, unter Vernachlässigung gesundheitlicher Forderungen ihrer Arbeit nachzugehen, ja ihre Leistungskraft zu überspannen. Ich kann das täglich in meiner Klinik beobachten.

Dr. Max Hirsch, Berlin

Wir haben diese Stellen aus der Fülle der Ausführungen — es haben insgesamt 29 Ärzte geantwortet — wiedergegeben. Sie sind schon geeignet, unsere Befürchtungen zu verstärken. Die Denkschrift von Dr. Moses ist ein Appell an das Gewissen der Öffentlichkeit, insbesondere aber der Politiker, welche die Hand am Hebel der Gesetzgebungsmaschine haben. Sie müssen auch diese düsteren Begleiterscheinungen der Arbeitslosigkeit beachten und Abhilfe schaffen, da sonst der bereits entstandene Schaden ins Unberechenbare wachsen würde.

Wir wollen es nicht unterlassen, Dr. Moses für diese neue Arbeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu danken. Seine unermüdbaren Bemühungen, das soziale Gewissen wachzurufen, sind besonders den Ärmsten und Elendsten der Gesellschaft von großem Nutzen gewesen.

Das zühe Leben der Frauen

In Preußen wurden im Jahre 1926 29 Einwohner (12 Männer und 17 Frauen) 100 Jahre alt. In den folgenden Jahren war das Ergebnis folgendes: 1927: 18 (4 bzw. 14), 1928: 17 (6 bzw. 11), 1929: 12 (4 bzw. 8) und 1930: 30 (7 bzw. 23). In den fünf angezogenen Jahren wurden 106 preussische Bürger 100 Jahre alt. Die Frauen stellten mir 73 beinahe mehr als zwei Drittel der Gesamtzahl. Diese Angaben erhärten die Erkenntnis, daß die Frauen im allgemeinen länger leben als die Männer.

Tue selbst, was du anderen predigst!

Jeder Mensch, der in seiner Wohnung oder an seiner Arbeitsstelle über einen Gegenstand stolpert, der jahrlängigerweise im Wege steht oder liegt, wird mit ziemlicher Sicherheit kräftig zu schimpfen anfangen. Und er hat auch durchaus recht, wenn er derartige Unachtsamkeit und Rücksichtslosigkeit seiner Familienangehörigen oder seiner Arbeitskollegen mit scharfen Worten rügt.

Wer aber ist frei von Schuld auf diesem Gebiet? — Wie unendlich oft wird „nur für einen Augenblick“ ein Stuhl oder ein Schemel, ein Werkzeugkasten, ein Arbeitsstück, ein Brett oder eine Kiste beiseite gestellt, die dann entgegen der ursprünglichen Absicht viertelstunden- oder gar stundenlang stehen bleibt und vielleicht ganz vergessen wird. Besonders gefährlich ist diese Unflüt in dunklen Räumen und Gängen oder an unübersichtlichen Stellen.

Man unterschätze nicht die Gefahr eines einfachen Falles oder Sturzes auf ebener Erde! Sind doch im letzten Berichtsjahr des statistischen Reichsamtes 39 518 Unfälle, darunter 49 tödliche, allein in den berufsgenossenschaftlich versicherten Betrieben vorgekommen. Die Zahl familiärer derartiger Unfälle ist noch erheblich größer, wahrscheinlich dreimal so groß?

DIE FRAU

AUGENBLICKE DER UEBERLEGUNG

„Am Nachmittag lese ich gern ein gutes Buch...“

Aus: „Mein Arbeitstag — mein Wochenende.“ 150 Berichte von Textilarbeiterinnen

Es ist schon einmal an dieser Stelle über Bücher geschrieben worden. Das Urteil fiel nicht gut aus und am Ende wurde unverblümt, allerdings durch eine bildliche Darstellung, gesagt, was mit diesem Lejstoffs geschehen mußte: das Zeug zusammenpacken und hinein in den Ofen damit!

Dieses Urteil gibt aber nicht für alle Bücher. Natürlich nicht. Und man kann auch nicht sagen, daß die Frauen und Mädchen des Proletariats nur nach einer oberflächlichen Lektüre greifen. Es war aber notwendig, vor diesem Lejstoffs zu warnen, vor den oberflächlichen Schilderungen des Lebens der „oberen“ Gesellschaftsschichten, in denen die wirklichen Erzeuger des Reichtums nicht erwähnt werden, in denen Grauen und Millionen reich in glänzendem Licht zeigen und wo sie oft zum einfachen „Mädchen aus dem Volke“ hinabsteigen, um es „glücklich“ zu machen...

Möglich und erfreulich aber ist das Kapitel von den guten Büchern.

Woran erkennt man sie denn? Das ist gar nicht schwer zu sagen: sie lesen sich ebenso spannend wie

jene Schundschmäder, üben aber eine veredelnde Wirkung auf den Leser aus, zwingen ihn zum Mit- und Nachdenken und formen den ganzen geistigen Menschen. Sowohl, ein guter Roman, eine gute Novelle, eine philosophische Betrachtung bereichern nicht nur in gewissem Maße das Wissen des Lesers, sie erweitern seinen geistigen Horizont. Das geistige Auge wird schärfer und vermag viel weiter zu sehen, als es ihm vor der Lektüre möglich war.

Muß nicht die Arbeiterfrau, die zugleich noch Hausfrau und Mutter ist, doppelt sorgsam das auswählen, was sie liest? Die wenige Zeit, die ihr für diese entspannende Beschäftigung zur Verfügung steht, ist so kostbar, daß hier nur Bestes und Wertvollstes in Frage kommen sollte. Auf dem Büchermarkt ist es aber nicht so, daß in den meisten Fällen das Beste und Wertvollste auch das Teuerste ist. Ein schlechtes, nutzloses und darum wertloses Buch kostet nicht weniger als ein gutes; jenes ist sogar erheblich teurer im Hinblick auf den Schaden, den es stiftet.

Die Literatur ist sozusagen ein Kraftspeicher. Was die Menschen an guten (und allerdings auch an schlechten) Gedanken gehabt haben, ist aufbewahrt worden. Es wird von den nachfolgenden Generationen von neuem ausgenommen, verändert und wieder verarbeitet. Conrad Ferdinand Meyer, der Schmetzer Dichter,

spricht das in seinem Gedicht „Chor der Toten“ sehr schön aus:

„Und all unser Lieben und Hassen und Hadern, Das klopft noch dort oben in sterblichen Adern. Und was wir an gültigen Sätzen gefunden, Dran bleibt aller irdische Wandel gebunden.“

Was schon vor Hunderten und Tausenden von Jahren die Menschen entzündete, verblüdete, ermutigte und erleuchtete, haben sie aufgeschrieben, und es entzündet, ermutigt, erleuchtet — und erbittert die folgenden Generationen aufs neue.

Die vielbeschäftigte, bedrückte und ermüdete Arbeiterfrau soll nicht an diesem Kraftspeicher, als welcher die Literatur schon bezeichnete wurde, vorbegehen. Ein gutes Buch kann den ganzen Menschen emporheben, es kann ihm neue Kraft verleihen den Kampf gegen ihn bedrückende feindliche Mächte weiterzuführen, es kann sein Dasein erträglicher gestalten, als es im Augenblick scheint. Ein gutes Buch, das den Menschen hellhöriger und schärfer sehend macht, stärkt auch seine Fähigkeiten, die Schwächen des Gegners zu erkennen und ihm deshalb besser entgegenzutreten zu können.

Auch für die Arbeiterfrau gilt noch das Wort: „Wissen ist Macht!“



Die Macht des Einkaufskorbes

Wir wollen uns noch einmal klarmachen, worauf die Macht des kleinen Zaubergeräts der Frauen, des Einkaufskorbes, beruht. Woche für Woche, Monat für Monat mühen sich Männer und Frauen, aus dem großen Reservoir des kapitalistischen Reichtums einen großen Arbeitslohn herauszu ziehen. Am Ende jeder Woche und am Ende jedes Monats gehen ihre Löhne, im einzelnen sehr klein und bescheiden, zusammen aber eine sehr stattliche Summe, in Millionen von Händen über, die auf sie warten, um sie wenige Stunden später wieder in den großen Strom der Industrie hineinzu schleudern und dafür Butter und Brot, Kleider, Brennmaterial, kurz, die täglichen Lebensbedürfnisse zu liefern. Eine Stunde in jedem Monat, eine kostbare Stunde lang haben die Arbeiter der Welt ihren ganzen Reichtum in Händen. Sie können bestimmen, ob diese große Summe in das Reservoir des Kapitalismus zurückfließen und der Ordnung, die sie ausbeutet und sie verdrückt, neue Kraft zuführen oder ob sie, von ihnen ständig kontrolliert, der Genossenschaftsbewegung zufließen werden und so jedem und allen neues Leben geben soll. Das aber entscheiden die Frauen! Die Frauen sind die eigentlichen Schiedsrichter über das Wirtschaftssystem in der Welt, indem sie ihren Einkaufskorb zum Privatthändler oder in die genossenschaftliche Verteilungstelle tragen. In jeder kurzen Stunde könnten die Frauen der Welt, wenn sie es wirklich wollten, das kapitalistische System bis auf den Grund erschüttern. Das ist die Macht des Einkaufskorbes! Das ist unsere Macht! Wir wollen sie recht nutzen!

Henora Entled. (Internationale genossenschaftliche Rundschau.)

Berichte aus Fachkreisen

Brand-Markredwitz

Generalversammlung. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Filiale ungeheuer unter der Wirtschaftskrise leidet. Seit Jahren arbeiten fast alle Betriebe kurz. Wiederholt haben Betriebsstilllegungen in Spinnereibetrieben stattgefunden. Der Kassenbericht ließ erkennen, daß im vergangenen Jahre 8312,15 M. an Unterhaltungen ausbezahlt worden sind. Nachdem Kollege Reuther noch anregende Worte und Forderungen für das zukünftige Geschäftsjahr gegeben hatte, behandelte er auch die Stellungnahme der Geschäftsleitung in der gemeinsamen Arbeit zwischen der Filiale Münchberg-Helmbrechts und Markredwitz. Es wurde einstimmig beschlossen, den Aufsichtsrat von Münchberg aus bis auf weiteres für die Filiale Markredwitz versehen zu lassen. Zugleich wurde beschlossen, daß die Jubilare nach 25jähriger Zugehörigkeit zum Verband neben der üblichen Ehrung mit einem kleinen Geldgeschenk bedacht werden sollen. In die Bezirksverwaltung wurden die alten Kollegen wiedergewählt. Nur an Stelle des Kollegen Thümlig, der die Kassengeschäfte der Filiale Markredwitz übernommen hatte, wurde als Vorstehender Kollege Frisch, Wunsiedel, gewählt.

Chemnitz

In der Generalversammlung gab Kollege Florke den Geschäftsbericht vom Jahre 1930. Er führte aus, daß in den Kammgarnspinnereien und der Teppichbranche die Arbeitszeit allgemein auf 40 Stunden herabgesetzt worden sei. Eine erhebliche Verschlechterung der Beschäftigung ist im Herbst in der Wollstoffbranche und in der Weberei eingetreten. Die Trikotagenbranche habe gleichfalls stark verkürzt gearbeitet. Im ganzen gesehen habe die Kurzarbeit im Januar des Berichtsjahres 33,7 Proz., im August 44,9 Proz. und im Dezember 43,1 Proz. betragen. Anträge auf Betriebsstilllegungen wären im Berichtsjahr insgesamt 78 beim Arbeitsministerium eingereicht worden. An allen Betriebsstilllegungserörterungen hätten Vertreter der Organisation teilgenommen. Die Jugendbewegung habe im Berichtsjahr recht erfreuliche Fortschritte gemacht. In der Arbeiterinnengruppe habe man ein sehr reges Leben entfaltet. Im Monat November haben zehn Frauen-Unterhaltungsabende in den der Ortsgruppe angeschlossenen Ortschaften stattgefunden. Acht Kolleginnen der Arbeiterinnengruppe hielten Vorträge über „Die Entlohnung der Arbeiterinnen in der Textilindustrie“. Die Referentinnen hätten sich ihrer Aufgabe in zufriedenstellender Weise erledigt. Kollege Reiner erstattete anschließend den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Ernennung erteilt. Die bisherigen Mitglieder der Ortsverwaltung wurden auf Antrag der Generalversammlung einstimmig wiedergewählt. Ebenso erfolgte einstimmig die Wahl der Revisoren. Im Anschluß daran erfolgte die Wahl einer zwölfgliedrigen Kommission zur Ortsverwaltung und die Wahl zur Schlichtungskommission. Die in Vorschlag gedachten Kolleginnen und Kollegen wurden ebenfalls einstimmig gewählt.

Fürstenwalde

Am Sonntag, dem 28. Februar, beging die hiesige Filiale ihr 35jähriges Stiftungsfest, verbunden mit Jubiläum, unter gütiger Mitwirkung des Freien Volkshaus und der Freien Turnerschaft. Von der Gausleitung war Kollege Bötzger erschienen. Ein Protokoll, vorgelesen von der Kollegin Hornung, wurde mit Beifall angenommen. In seiner Rede schilderte Kollege Bötzger die Verhältnisse aus den Anfängen der Filiale. Trotz mancherlei Schwierigkeiten konnte ihr Aufstieg nicht aufgehalten werden. Von den rund 500 Beschäftigten gehören 640 dem Deutschen Textilarbeiter-Verband an. Ein Beweis, daß die Textilarbeiter die Wert der Organisation erkannt hat. Er überreichte dann den Jubilaren die vom Hauptverband gestifteten Ehrenurkunden und Ehrenabzeichen und sprach im Namen des Hauptverbandes und der Gausleitung die herzlichsten Glückwünsche aus. Der Vorstehende, Kollege Bötzger, dankte im Namen der Jubilare. Ferner ermahnte er die Jugend, den Auen nicht nur nachzugehen, sondern aufzubauen auf dem festen Fundament der freigewerkschaftlichen Organisation.

Glauchau

Zu einer überaus eindrucksvollen Festlichkeit gelangte am 28. Februar die Ortsgruppe Glauchau. Die Festrede hielt Kollege Schürmer von der Gausleitung in Dresden. Er leitete mit wichtiger Befehl zusammengekommenen Zuschauern die an die Gründung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes im Herbst im Jahre 1848 zurück. Er erinnerte daran, daß damals auch im Saarland der Glauchauer, der Kollege Georgi, standhaft war und dies darauf hin, daß gerade Glauchau immer ein treuer Kampfplatz für die Sache des Textilarbeiterverbandes sei. Hiermit schloß er die Rede ab. Die Feier wurde von 45 Musikern, darunter auch die hiesige Musikkapelle, geleitet. Die Musik der Orgel spielte die mit dem Textilarbeiter-Verband verbundenen Lieder.

Limbach

Am Sonntag, dem 21. Februar, hatte die Ortsverwaltung die Mitglieder zur Übung der Taktik zu einer feierlichen Parade eingeladen.

Zahlreich hatten sich die Mitglieder nebst Angehörigen eingefunden. Kollege Karl Schürmer von der Gausleitung schilderte in treffenden Worten den Werdegang unserer Organisation und streifte dabei die Verhältnisse, die sich in der Limbacher Filiale durch die Tätigkeit der SPD. abgepielt haben. Umrahmt war die Feier von Gesang, Musik, humoristischen Vorträgen und einer Filmvorführung. Den gewaltigsten Eindruck hinterließ der Film „Das erste Jugendtreffen des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Stuttgart“. Da glänzten die Augen der Jungen und noch mehr der Alten, denn hier zeigten sich die Erfolge des Verbandes in dem Aufmarsch des Nachwuchses.

Stammbach

An anschließender Zahl versammelten sich die Delegierten der Filiale Münchberg-Helmbrechts zu ihrer Jahresversammlung. Von der Gausleitung war Kollege Schneider anwesend. Den Geschäftsbericht gab Kollege Reuther, der auf Grund seines Dienstantritts ab November in der Filiale Münchberg nur auf die wichtigsten Angelegenheiten eingehen konnte. Die Diskussion über die Berichte zeigte, daß die Geschäftsleitung zur Zufriedenheit der Filiale gearbeitet hat. Die Wahl der Bezirksleitung brachte nur eine Veränderung in der Besetzung von Stammbach und Sparnack. Für die nächste Tagung der Generalversammlung wurde Sparnack bestimmt. Anschließend hielt in dankenswerter Weise Herr Oberlehrer Groß von der höheren Fachschule Münchberg einen Vortrag, verbunden mit Lichtbildern, über den Automatenstuhl. Sein Vortrag erhielt ungeteilten Beifall. Der Kollege Taubald konnte mit Worten des Dankes an den Herrn Referenten für seine Mühewaltung und den Delegierten für ihre Ausdauer und Mitarbeit die Versammlung schließen.

Zeltz

Am 21. Februar 1931 hielt die Ortsgruppe ihre erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre ab. Der Besuch war gut. Der Ortsgruppenvorstand hat es sich in diesem Jahr zum Prinzip gemacht, die Versammlungen durch interessante Vorträge zu beleben. Den Reigen eröffnete Kollege Otto Busch mit einem Vortrag über Verbandsgeschichte. Der Referent schilderte die jeweiligen Arbeitsmethoden von der Urzeit bis zum heutigen Großbetrieb, sowie die Entwicklung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes. Deutlich führte der Referent vor Augen, welche Widerstände die Textilarbeiter vom Jahre 1848 bis zum Jahre 1890 zu überwinden hatten, um sich als Gewerkschaft durchzusetzen. Der Redner entledigte sich seiner Aufgabe glänzend; dies bewies die lebhafteste Debatte. Im Punkt 2 der Tagesordnung gab Kollege Max Thierbach Bericht von der am Sonntag, dem 15. Februar, in Zeltz stattgefundenen Betriebsrätekonferenz. Anschließend nahm der Vorstehende, Kollege R. Cauph, Stellung zu den Betriebsratswahlen für die Zeiger Betriebe. Nach dem Bericht von der Jahresversammlung des Gewerkschaftsstellens wurden im Geschäftlichen und Verschiedenen Eingänge vom Gau und von der Zentrale bekanntgegeben.

Zwickau-Mühlengrund

(Generalversammlung der Textilarbeiter.) Zur Generalversammlung war vom Hauptvorstand als Gast anwesend die Kollegin Ritzsche, Berlin, die von dem Versammlungsleiter, Genossen Blumenstein, freundlich begrüßt wurde. Der Geschäftsführer der Geschäftsstelle des Verbandes, Kollege Graupe, gab zuerst einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit der Verbandsgausleitung und Ortsverwaltung. Auch im Zwickauer Verbandsgebiet versuchen einzelne Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Das konnte erfolgreich abgewehrt werden. Eine Anzahl Textilunternehmer haben ihre Betriebe monatelang stillgelegt und nachher nur mit einer stark reduzierten Belegschaft wieder aufgenommen. In vielen Fällen geschah dies, um die Betriebsräte loszuwerden oder bestimmte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Die Webereifirma Richard Pönisch in Mühlengrund hat allein fünfmal im Berichtsjahre eine Anzeige auf Stilllegung ihres Betriebes eingereicht. Die Firma Trösch in Thurm hat den Lohnstarben der Arbeiter ein nationales Flugblatt gegen den Friedensvertrag von Versailles beigelegt, wahrscheinlich als Trostwort wegen des niedrigen Lohnverdienstes durch die Kurzarbeit. Nur in der Branche der Kammgarnspinnereien und Strickereien ist das ganze Jahr hindurch guter Geschäftsgang gewesen. In letzter Zeit hat sich in der Gardinenweberei der Geschäftsgang etwas besser gestaltet. 550 neue Mitglieder konnten im Berichtsjahre dem Verbandsgebiet zugeführt werden. Das ist ein gutes Zeichen für die innere Stärke der Gewerkschaften und des Verbandes in unserem Ritzschbezirk. Die Jugendbewegung ist besonders in Zwickau sehr gut. Zwei Wochenabende haben für die Jugend stattgefunden. Die Arbeiterinnenbewegung hat durch die Arbeitslosigkeit, besonders unter den weiblichen Funktionärinnen und deren Ausschüssen aus dem Textilarbeiter-Verband, zu leiden gehabt. Nur in einem Betriebe, Webereifirma Zwickau, gibt es einen Betriebsrat, der sich nur aus Frauen zusammensetzt. Bei der letzten Betriebsratswahl ist in der Kammgarnspinnerei Schürmer in Zwickau eine Betriebsratskommission ernannt worden. Dieser Vorgang wird auch die Öffentlichkeit interessieren können. Die Kommunisten haben während des Jahres und besonders in letzter Zeit den Versuch gemacht, die Textilarbeiter Zwickaus für ihre blühenderen Betriebsparteien einzulocken. Die Leitung der Kommunisten, besonders unter der hiesigen „Klassen“-Führung, wirkt äußerlich, Kollege

Erbitterung über zehnstündige Doppelschicht Klagen erwerbsloser Textilarbeiter

Das sozialdemokratische Organ für die württembergischen Bezirke Reutlingen, Tübingen, Rottenburg, Urach und Münsingen, die „Freie Presse“, hat aus den Reihen der erwerbslosen Textilarbeiter diese Zuschrift erhalten:

„Man hörte öfters davon, zur Arbeitsverteilung die 40-Stunden-Woche einzuführen. Dieser begrüßenswerte Vorschlag ist von der preussischen Regierung, von den Gewerkschaften und von der Sozialdemokratie schon vor längerer Zeit gemacht worden. Teilweise haben größere Betriebe in Norddeutschland die 40-Stunden-Woche auch eingeführt, wodurch Erwerbslose eingestellt werden konnten. Bei uns im Reutlinger Industriegebiet hat man davon noch nichts gemerkt. Im Gegenteil, in den Reihen der beim Arbeitsamt Reutlingen arbeitslos gemeldeten rund 1500 Textilarbeiterinnen und -arbeiter hat es große Erregung ausgelöst, daß neuerdings in der erfreulicherweise gut mit Aufträgen versehenen Weberei Eningen zwei Schichten zu je 10 Stunden eingeführt wurden, anstatt drei Schichten mit kürzerer Arbeitszeit einzuführen, wodurch immerhin etwa 30 Weber wieder Arbeit gefunden hätten. Die Firma muß sich doch klar darüber sein, daß auch sie gegenüber der großen Not der Arbeitslosen Verpflichtungen hat, die sie erfüllen muß. Da, die ganze Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, insbesondere die Gemeinde- und Fürsorgebehörden, denen die katastrophale Erwerbslosigkeit riesige Lasten und fast nicht lösbare Sorgen auflädt, daß die vorhandene Arbeit gestreckt wird. Hoffentlich sehen alle interessierten Stellen in diesem Fall nach dem Rechten.“

Am der Textilindustrie hat man berühmte Schiedsprüche, die das Ueberstundenunwesen verewigen, gefällt. Flugs

Kunz als Kassierer gab darauf den Kassenbericht. Der finanzielle Abschluß ist trotz der Krise gut. Für die Hauptkasse sind 83 538,52 M. eingenommen und 46 913,57 M. abgeführt worden. Die Lokalkasse bilanziert mit 41 232,45 M. An Unterstellungen sind ausgezahlt 36 834,17 M. Der Durchschnittswert der Beitragsmarken ist trotz der Krise gegen das Vorjahr gestiegen. Redner kritisierte die Untermis der Mitglieder über die Verbandsabgaben. Die Einführung der Invalidenunterstützung ab 1. Oktober hat bei allen Verbandsmitgliedern gute Aufnahme gefunden. Eine Anzahl Mitglieder sind, um sich eine höhere Unterstützung bei Invalidität infolge Unfall, Krankheit oder Alter zu sichern, in die höchsten Beitragsklassen eingetreten. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde eine Vorschlagsliste mit einigen personellen Veränderungen durch Stimmzettelnwahl angenommen. — Kollege Wächter gab sodann einen interessanten Bericht über die Betriebsrätekonferenz der sachlichen Gewerkschaften in Dresden. Nach einer kurzen, anfeuernden Rede unserer Kollegin Ritzsche, Berlin, wurde die Versammlung durch den Kollegen Blumenstein geschlossen.

LITERATUR - ANZEIGEN

Inhaltsverzeichnis von Lieferung 3 der Metalland Textilverichte, Heidelberg. Mechanisch-technischer Teil. Wort. Die Jacquardmaschine in der Weberei und Strickerei. — Ueberle. Farbmusterungen in Wirk- und Strickwaren durch Platieren. — Grenzländer. Der Aufbau und das genaue Einstellen der Rastelmaschine. — Eister. Musterungen am Kettenwirkstuhl. — Schirde. man. Studien über den Aufwindvorgang an Feinspinnmaschinen. — Schubert. Die Aufwindung und ihre Hilfsorgane am Wagenspinner. — Siluminim Webstuhlbau. — Kesch. Die Verarbeitung der Aqua-Travis. — Beders. Ueber die Bedeutung des Jacquardmaschinen-Antriebes. — Mikrodynamometer ohne Registrierung. — Rabholz. Der Verkauf der Gewebeschwindigkeiten in Färbereien. — Die neue Höchstleistungs-Schlupfpulmaschine „Lunometer-Blit“. Textile Forschungsberichte. Schubert. Die Bestimmung der absoluten Faserqualität nach Mikrobewertungen der Festigkeit an Fertigprodukten wie Geweben, Wirkwaren und auch Garnen. — Brandenburg. Der Einfluß des Verdichtungsanges auf die Eigenschaften eines Streichgarnes. Chemisch-technischer Teil. Schwertfasser. Ueber die Wertbestimmung von Waschmitteln. — Kind & Baur. Katalysatoren beim Chloren. — Holz & Baurer. Das Färben von Baumwolle. Kunstfaser-Wirkgewebe. — Meßger. Aus dem Gebiet der Vorkammern. — Thürk. Ueber den Aufbau der Kammern. — Teufel. Neue Strumpffärbemethoden. — Fischer & Bernard. Die Suprafin-Färbstoffe, eine Klasse leicht färbbarer Kappfarben. — Jochum. Härte- und metallphysikalische Seite. — Genberg. Suchmaschinen und Färbereien. — Obi. Ueber die Streckspannen von Azeoside. — Meßger. Ueber das Färben von Kammern. — Dipl.-Ing. U. Ein neuzeitliches Textilhilfsmittel.

kommen rücksichtslose Textilunternehmer, um von diesen Möglichkeiten ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Denn Schiedsprüche und diese Textilindustriellen bedenklich, daß sie im höchsten Maße unmoralisch handeln und Quellen schlimmster Erbitterung schaffen.

Kräfteverteilung

Ein paar vergleichende Zahlen. In Westdeutschland hat die christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Hauptstütze. Dennoch haben die freien Gewerkschaften nach wie vor einen großen Vorsprung. Im Landesarbeitsgerichtsbezirk Rheinland-Westfalen haben die Gewerkschaften des ADGB 564 499 Mitglieder, die christlichen Gewerkschaften verfügen über einen Mitgliederbestand von 379 568 und die Hirsch-Dunckerischen über einen solchen von 56 400. Von den in Westdeutschland vorhandenen Gewerkschaftsmitgliedern von rund einer Million gehören demnach 56,4 Proz. den freien, 37,9 Proz. den christlichen und 5,7 Proz. den Hirsch-Dunckerischen Verbänden an.

Wie man spart

Natürlich am Lohn. Die Leitung des Norddeutschen Wollkammerei- und Kammgarnspinnerei-Konzerns tut sehr wenig und sich aus, um unnötige Differenzen mit den Belegschaften zu vermeiden. So wurde im Hamburger Betriebe, welcher unter dem Namen Bischoff & Rodag firmiert, kürzlich folgende Maßnahme durchgeführt: Um die Löhne für gelernte Arbeiter zu sparen, hat die Firma im letzten Monat eine Anzahl Färber entlassen und an ihre Stelle 20 Mädchen aus der Spinnerei gesetzt, die zu Hilfsfärbern ausgebildet werden.

Weltzeitung, Technische

Auskünfte, neue Erfindungen. Betriebstechnik, Organisation. Gerbel. Die Aufstellung der Kraft- und Wärmelosten auf die einzelnen Abteilungen eines Betriebes. — Schütz. Der Wemag-Trieb. — Mittlungen des Fachnormenausschusses für Textilindustrie und Textilmaschinenbau. — Goldberger. Die Staubentwässerung bei Zementfabriken und ihre Bekämpfung. — Kurich. Der Betriebschutz in der Bleicherei, Färberei und Appretur. — Osterseker. Färberei in großen Tuchfabriken.

Aus dem Reichsarbeitsgericht

RG. und Kündigungsbescheid

Die Kommunisten sind begeistert von der „Objektivität der Klassengerichte“. Können die Konsumvereine und Genossenschaftsbetriebe den Arbeitnehmern kündigen, die in den Betrieben versuchen, die Gewerkschaften zu schädigen und verwerfliche Hege gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer treiben? — Mit dieser Frage von prinzipieller Bedeutung beschäftigte sich am 21. Februar das Reichsarbeitsgericht. Am 4. März fand in der Konsumgenossenschaft in Berlin eine Betriebsratswahl statt. Hierzu wurde unter anderen eine Vorschlagsliste eingereicht, welche die Aufforderung zur Wahl von Bewerbern der RGO. enthielt. Da die ursprünglich 15 Kläger diesen Vorschlag teils durch eigenhändige Unterschrift, teils durch Gestattung der Aufnahme ihres Namens in die Liste vertraten, wurden von verschiedenen Organisationen der freien Gewerkschaften, denen sie als Mitglieder angehörten, gegen sie Ausschlußverfahren eingeleitet, die mit dem Ausschluß endeten. Die Organisationen verständigten die beklagte Konsumgenossenschaft von dem Ausschluß der RGO.-Beute. Da aber in den Genossenschaftsbetrieben nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt werden, so kündigte die beklagte den RGO.-Leuten. Die Kommunisten, die in ihren Betrieben immer gegen die gesetzlichen Bestimmungen und gegen das Betriebsrätegesetz verstoßen, erblickten in den Maßnahmen der Beklagten einen Verstoß gegen § 95 des BRG. und Artikel 159 der Reichsverfassung. Die Kündigung sei zu Unrecht erfolgt, und sie verlangen Zahlung der Löhne für die Dauer von vier Wochen. Das Arbeitsgericht hat nach Klageantrag erkannt. Gegen dieses Urteil legte die Beklagte Berufung ein. Das Landesarbeitsgericht Berlin hob das vorinstanzliche Urteil auf und wies die Kläger mit ihrer Klage ab. Obwohl die Kommunisten das Reichsgericht als ein „Klassen- und Schandgericht“ bezeichnen, sind sie von der Objektivität der Reichsrichter sehr begeistert, wenn es sich um ihre eigene Sache handelt. Immer wieder wenden sich die Kommunisten an die Reichsrichter und bitten kniefällig ihnen beizustehen. Auch gegen die vorinstanzliche Entscheidung kämpften sie mit der Revision an. Die „Klassenrichter“ hielten die Kündigung der Kläger als einen Verstoß gegen § 95 des BRG. und verurteilten die Beklagte zur Zahlung des Lohnes. (AZG 518/30.)



Für unsere Jugend

Berufsschule und Wirtschaftsdemokratie

Berufsschule soll Einblick in das Wirtschaftsleben gewinnen

Die Zeitschrift „Die Berufsschule“, das Organ der preussischen Gewerbe- und Handelslehrerschaft, veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 10. Oktober v. J. einen Artikel von Direktorstellvertreter Michels, Köln, unter obigem Titel, von dem wir die wichtigsten Teile nachfolgend zum Abdruck bringen. Wir glauben, daß unsere Leser, vor allem die Mitarbeiter an der Berufsschule, darin wertvolle Anregungen für ihre Tätigkeit, auch für die in unseren Jugendgruppen, finden werden.

„Es bedarf keiner scharfsinnigen Uebersetzung, um in der Forderung der Arbeiterschaft nach Wirtschaftsdemokratie ein Postulat im Prinzip durchgeführten politischen Demokratie zu erkennen. Der wirtschaftsdemokratische Gedanke hat in Deutschland seinen sichtbarsten Ausdruck in der Errichtung des Reichswirtschaftsrates gefunden. Der Anspruch auf Wirtschaftsdemokratie bedeutet, auch in der Wirtschaft aktiv, d. h. mitwirkend und mitbestimmend tätig sein zu können. Diese, wir sagen selbstverständliche Forderung hat eine unerlässliche Voraussetzung: der arbeitende Mensch ist für diese wirtschaftliche Aufgabe zu befähigen. Zu einer unerhörten Charakterschulung muß eine vertiefte wirtschaftliche Allgemeinbildung treten.“

„Unter Berücksichtigung der weit ausgebauten Schulungseinrichtungen für den erwachsenen Arbeiter ist die Forderung nach Einführung einer systematisch betriebenen Wirtschaftskunde als Unterrichtsfach in den Lehrplan der Berufsschule wohl kaum mehr zu begründen. Die Berufsschule will eine Schule sein, die den jungen Arbeiter — Arbeiter im weitesten Sinne aufgefaßt — für das mit der Wirtschaft eng verbundene Leben vorbereitet. Sie kann, wenn sie sich selbst gerecht werden will, an solchen Forderungen, die die nach voller Gleichberechtigung strebende Arbeiterschaft für ihren Daseinszweck und Kampf als unentbehrlich anerkennt, nicht mehr in stolzer Haltung vorbeiziehen.“

„Sedenfalls sind die preussischen Bestimmungen für die Gestaltung des Lehrplanes in den gewerblichen Berufs- (Fortbildungs-) Schulen aus dem Jahre 1911 überaltert, wenn sie verlangen: „Die Erörterung wirtschaftlicher... Grundbegriffe muß zurücktreten; eine planmäßige Darstellung ihrer Zusammenhänge ist nicht Sache der Fortbildungsschule.“ Es ist undenkbar, daß diese Bestimmungen maßgebend bleiben. Der jugendliche Arbeiter von heute, der demnächst als Funktionär der Wirtschaft im Betriebsrat und Aufsichtsrat tätig sein soll, erinnert die Berufsschule an ihre Pflicht, ihn auf diese seine spätere verantwortungsvolle Tätigkeit in geeigneter Weise vorzubereiten. Eine auf unberechtigte Gründe gestützte Vorenthaltung wäre es, wenn der jungen Arbeiterschaft während der Berufsschulzeit die Möglichkeit genommen bliebe, einen ersten elementaren Einblick in die Welt wirtschaftlichen Geschehens zu tun, die um so weniger zu verstehen wäre, wenn man bedenkt, daß gerade manche Wirtschaftsführer das Wort vom „unwirtschaftlichen Denken“ der Arbeiter gebraucht haben.“

„Auf die Berufsschule angewandt, ergibt sich aus dem bisher Gesagten ganz zwanglos die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Aufnahme wirtschaftskundlichen Unterrichts in den Lehrplan. Die Hinführung des jugendlichen zum demokratischen Staatsbürger ist mit seiner Erziehung zum demokratischen Wirtschaftsbürger zu verbinden.“

Diese große Selbstverständlichkeit will aber nicht als eine launische Tagesforderung gewertet sein. Wenn wir sie herausstellen, so geschieht es aus guten Gründen. Wir sind nämlich der Meinung, daß die Zukunft unseres Volkes nur dann wieder lebensfähig gestaltet werden kann, wenn Volkbürger an ihrem Aufbau hoffnungsfreudig mitarbeiten. Volkbürger sind aber nur jene, die als gleichberechtigte demokratische Staats- und Wirtschaftsbürger sich für ihr Volk verantwortlich fühlen. Und diesen Volkbürger will und wird

die Berufsschule mitgestalten helfen.“ Um nun den demokratischen Staatsbürger heranzubilden zu können, wird es ihre nächste Aufgabe sein, in allen Organen und Funktionen jenen Grad der demokratischen Gesinnung und Durchdringung zu erreichen, der im Hinblick auf das zur Erörterung stehende letzte Ziel wünschenswert, nein, notwendig ist.

„Wenn der Berufsschüler einen Einblick in das Wirtschaftsleben gewinnen soll, dann müssen ihm die wichtigsten Tatsachen aus dem Gebiete der Privat- und Volkswirtschaftslehre bekanntgemacht werden. Neben einer kurzgehaltenen allgemeinen Uebersicht wären unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Zeit besonders aktuelle Gegenwartsprobleme einer Behandlung wert. Wäre es keine zweckentsprechende und dankbare Aufgabe, den jungen arbeitenden Menschen zu zeigen, wie z. B. die Entwicklung der Produktionsformen bis zur Organisation des modernen Fabrikwesens vor sich gegangen ist?

Arbeitsdienstplicht

Sie läßt die Unternehmer nicht schlafen

Bekanntlich sind die Unternehmer mit der Forderung, die Arbeitsdienstplicht für Jugendliche einzuführen, abgerückt. Wer nun glaubt, daß sie sich das eine Lehrgeschehen lassen, und von der weiteren Aufstellung unsinniger Forderungen absehen werden, der kennt diese Leute nicht. In Nr. 8 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, dem Leib- und Wagenorgan aller rückwärtlichen Kapitalarbeiter, findet man einen langen Artikel, der sogar noch auf der ersten Seite erschien, in welcher in weinerlichem Tone alle Schäden aufgezählt werden, die nun, nachdem das große Projekt gescheitert ist, eintreten werden. Als Grundlage dient eine Abhandlung des Ministerialrats Lehfeld im Reichsarbeitsblatt, in der noch einmal ausführlich die Gründe für die Ablehnung dargestellt werden. Der Verfasser des Artikels in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, der dort öfters seine Bekanntschaft aufweist, faßt es dann, daß die Arbeitsdienstplicht von allen Bevölkerungsschichten gewünscht wurde. Und er zeigt mit dem Finger auf die „tiefe Klust“, die im deutschen Volksleben herrscht:

„Alle Schichten der Bevölkerung fordern die Verwirklichung einer großen Idee; die Vertreter großer Verbände“ (damit sind die Gewerkschaften gemeint. D. Red.) aber lehnen sie einstimmig ab. Auf der einen Seite stehen Menschen von Fleisch und Blut, die mit heißem Herzen fordern, auf der anderen eine blutleere Bürokratie.“

Es folgen dann weiter Ausführungen, wie: „Knochenerweichung des Weimarer Systems“... „St. Bürokratismus mag sich ruhig die Zipselmütze über den Ohr ziehen“ usw., wobei es auch nicht an offensenden Gleichnisse der unverschuldeten Jugendlichen fehlt.

„Von seiner (d. h. Bürokratismus) Seite aus wird mit den arbeitsscheuen unverträglichen Jugendlichen ganz gewiß nichts geschehen.“ Ja, man ist tief traurig darüber, daß einem nun die Gelegenheit genommen wurde, ein „großartiges“ Erziehungswort an der Jugend zu leisten. Man hätte eine „tüchtige“ Generation herangezogen; wenn es wirklich Jugendliche gibt, die durch „Arbeitscheu“ und „Unverträglichkeit“ jede gemeinsame Arbeit aufs schärfste schädigen können, so gibt es immer noch geeignete Mittel, diese Bürschchen zur „Räson“ zu bringen. Denn: „Allerdings dürften auch Strafbefugnisse für Erzieher nicht fehlen, und zwar müßten sie unzweifelhaft schärfer sein als heute in Schule und Fürsorge üblich. Dann sollte es wohl eine Kleinigkeit sein, mit Elementen fertig zu werden, denen die Bürokratie hilflos gegenübersteht.“ Also die lieben

Soll er nicht hören über den Unterschied zwischen privat-, gemein-, gemischtwirtschaftlichen Betrieben, deren Vor- und Nachteile, Fragen, für die in der gesamten Arbeiterschaft vielseitiges Interesse und Verständnis vorhanden ist? Dies wird gewiß allgemeine Zustimmung erhalten, wenn er seinen angezogenen Beispielen hinzufügt: „Es genügt nicht, daß der Lehrer diese Stoffe (Produktionsformen. D. B.) rein theoretisch behandelt, sondern in einer Schulwerkstatt müssen diese Formen praktisch vorgeführt werden. Die Schüler müssen, soweit zugänglich, auch nach diesen verschiedenen alten Methoden arbeiten. Den wichtigsten Teil nimmt die Behandlung der gegenwärtigen Produktionsmethoden in Anspruch. Der Schüler soll Bescheid wissen von Taylor, Gilbert, Ford, Bedeaur, von Fließarbeit und Psychotechnik. Alle diese Arbeitsverfahren lassen sich in ihrem Prinzip sehr wohl in einer Holz- oder Metallwerkstatt, die mit Maschinen ausgerüstet ist, veranschaulichen...“

Ob die Berufsschulwerkstatt nicht auch, analog den Dinstaskulen, die ich im übrigen ablehne, zu einer rationalen Betriebsführung unter besonders verantwortungsvoller, bestimmender Mitarbeit der Schüler gelangen könnte, wäre eines Versuches wert.“

Leute sind gar nicht bange, daß sie es schaffen würden, brauchbare Arbeitsinstrumente heranzuziehen. Man macht sich von der Bösartigkeit dieses bezahlten Schreiberlehrlings des Unternehmerblattes erst dann den richtigen Begriff, wenn man ihn wörtlich zitiert. Es seien deshalb noch einige Blüten aus seinen geistigen Ausscheidungen wiedergegeben:

„Es dürfte müßig sein, darüber zu streiten, wer wohl in seinem beruflichen Fortkommen mehr behindert wird: der Jugendliche, der seiner Dienstplicht genügt und in seinem Dienstjahre Kameradschaftsgefühl, Ordnungssinn und Pflichtgefühl lernt, oder der Arbeitslose, der in den Amtszimmern der Sozialbürokratie alle Schleichwege beherrschen gelernt hat, hohe Unterhaltungen bei Müßiggang herauszuschlagen. Dem Bürokraten mag der Arbeitslose willkommen sein, der ihm Gelegenheit gibt, den Amtschimmel zu reiten und Akten über „Arbeitschicksale“ zu füllen. Der Unternehmer aber bevorzugt unzweifelhaft einen Arbeitnehmer, der durch die hohe Schule der Arbeit, des Dienstes, der Pflicht und der Unterordnung gegangen ist. Statt einer Behinderung dürfte also eher eine gerechte Bevorzugung der Dienstpflichtigen in ihrem Berufsleben erreicht werden.“

Zum Schluß wird versichert, daß man von Unternehmerseite aus um keinen Preis abbringen lassen werde: „Im Gegenteil, nun erst recht! Wir werden nicht aufhören, den Gedanken der Arbeitsdienstplicht in allen Schichten der Bevölkerung zu pflegen.“ — Man muß sich eben trösten, so gut es geht. Es war vorzuziehen, daß man nicht so leicht die Flinte ins Korn werfen wird, nachdem die ersten Pläne gescheitert sind, die Jugend in ein militärisches System zu zwingen. An den zitierten Ausführungen sollte gezeigt werden, mit welcher Robustheit die Anbieter des Geldes ihre Gedanken verteidigen. Sollten sie draußen im Lande ebenfalls sichtbar hervortreten, so ist es selbstverständlich, daß ihnen in derselben derben Tonart, die sie anschlagen, der Standpunkt klar gemacht wird!

Hände küssen...

Hände küssen, Hüte rücken, Knie beugen, Häupter bücken: Kind, das ist nur Gaukelei, Dann das Herz denkt nichts dabei: H. Heine.

Jugendarbeit im Vogtland

Bericht vom Wochenendkursus der vogtländischen Textilarbeiter-Jugendgruppen.

Am 7. und 8. Februar trafen sich zum zweitenmal die jungen Textilarbeiter des Vogtlandes im alten Mglauer Kaiserhof. Wieder war es wie schon beim vorjährigen Treffen, ernste Arbeit, die sie zusammengeführt hatte. Die Kollegin Niedera behandelte das Thema „Die Jugend als Faktor in der deutschen Textilindustrie“.

Die Tagung wurde am Sonnabend mit dem Liede „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ eröffnet. Die Kollegin Niedera umriß am Anfang ihrer Ausführungen den Begriff „Textilindustrie“. Sie stellte weiter fest, daß in der deutschen Textilindustrie 1 200 000 Leute beschäftigt werden. Von diesen 1 200 000 Beschäftigten sind rund 23 bis 25 Proz. Jugendliche. Die Frauen sind in der Textilindustrie mit 60 Proz. der Beschäftigten vertreten, während sie in der Industrie überhaupt nur 22 Proz. der Beschäftigten darstellen. Unter den jugendlichen Textilarbeitern oder stellen die Frauen 75 Proz. Wir sehen also, daß wir es in unserem Berufe in starkem Maße mit Frauen zu tun haben und daß bei den Jungtextilarbeitern diese Erscheinung in noch stärkerem Maße hervortritt. Lehrlinge spielen in der Textilindustrie so gut wie keine Rolle, hingegen sind 25 Proz. der Jugendlichen bereits Facharbeiter. Nach einer kurzen Abschweifung über den Wert des Lehrvertrages in der Textilindustrie und über das Dinta wurde die Sonnabendtagung geschlossen.

Am Sonntagmorgen wurde zunächst das Organisationsverhältnis der Textilarbeiter geprüft und festgestellt, daß rund 35 Proz. aller Textilarbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. Wir sehen, daß in dieser Hinsicht noch ein großes Arbeitsfeld vor uns liegt. Warum das Organisationsverhältnis nicht besser ist, liegt auch in den Standorten der Textilindustrie begründet. Die Textilindustrie war vorwiegend Randindustrie, Grenzindustrie. Das wurde bedingt durch die in diesen Gebieten meist vorhandene eigenartige Bodenstruktur. In der Zeit, da man noch mit dem Handwebstuhl arbeitete, benutzten die dort ansässigen Bauern den langen Winter, der ja für sie keine Beschäftigung brachte, zur Herstellung von Textilwaren. Weiter bot das vorhandene Wasser für Veredelungsindustrien (Wäschereien, Färbereien, Appreturanstalten) eine gute Ansiedlungsgelegenheit. Eine weitere Wertwürdigkeit ist hinsichtlich der Textilstandorte zu beobachten. Mehr als 50 Proz. gehören zu den Kleinstädten. Gerade diese Tatsache dürfte viel mit zur Verschärfung der Textilarbeit beigetragen haben, die man meist als ungetarnte und Fabrikarbeit anspricht und sehr gering bewertet.

Nunmehr wurde eine kleine Abschweifung gemacht und etwas über Ursachen und Wirkung der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie gesagt. Es wurde weiter festgestellt, daß durch dauernde Rationalisierung und Verbesserung der Betriebe auch eine ganze Masse von jugendlichen Arbeitskräften frei wird, für die, wenn nicht andere Maßnahmen ergriffen werden, die Arbeitslosigkeit zu einer dauernden wird. Es wurden dann Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit besprochen. Zuerst die Forderungen der Gewerkschaften auf Herabsetzung der Altersgrenze, Einführung der 40-Stunden-Woche und des 9. Schuljahres, aber auch die Forderungen der Gegner, ganz besonders die Arbeitsdienstplicht, blieben nicht unerwähnt. Zum Schluß wurden noch einige Hilfsmaßnahmen für die arbeitslose Jugend beraten, und auch auf die Gruppenarbeit innerhalb unserer Jugendbewegung wurde eingegangen.

Der Kursus dürfte viele Anregungen an die Teilnehmer gebracht haben; hoffen wir, daß diese sie zum Nutzen des Deutschen Textilarbeiterverbandes verwerten.

Achtung!

Die März Nummer der „Textilarbeiter-Jugend“ bringt in ihrem Inhalt: 40 Jahre Textilarbeiter-Verband — Pögned, Geburtsort unseres Verbandes — Die Macht der Gemeinshaft — Die Jungen hatten die Hand am Steuer — Unser Freund, der Unorganisierte — Eine Wanderung durch thüringische Städte. Ostthüringen als Wandergebiet — Hilfe für die erwerbslose Jugend — Das Pfingst-Treffen der Oesterreicher in den Alpen — Dies und das — Gruppenberichte — Bist du Wirtler oder Strider?

Unsere diesmal besonders reich illustrierte Jugendzeitung will von allen jugendlichen Textilarbeitern gelesen werden. Verlangt sie vom Unterfasser und macht sie bei unorganisierten Arbeitstollegen bekannt. Das Jugendsekretariat.

Berichte aus Fachkreisen

Brand-Markredwitz

Generalversammlung. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Filiale ungeheuer unter der Wirtschaftskrise leidet. Seit Jahren arbeiten fast alle Betriebe kurz. Wiederholt haben Betriebsstilllegungen in Spinnereibetrieben stattgefunden. Der Kassenbericht ließ erkennen, daß im vergangenen Jahre 8312,15 M. an Unterstützungen ausbezahlt worden sind. Nachdem Kollege Reuther noch anregende Winke und Fingerspiege für das zukünftige Geschäftsjahr gegeben hatte, behandelte er auch die Stellungnahme der Geschäftsleitung in der gemeinsamen Arbeit zwischen der Filiale Münchberg-Helmbrechts und Markredwitz. Es wurde einstimmig beschlossen, den Aufwandsdienst von Münchberg aus bis auf weiteres für die Filiale Markredwitz versehen zu lassen. Zugleich wurde beschlossen, daß die Jubilare nach 25jähriger Zugehörigkeit zum Verband neben der üblichen Ehrung mit einem kleinen Geldgeschenk bedacht werden sollen. In die Bezirksverwaltung wurden die alten Kollegen wiedergewählt. Nur an Stelle des Kollegen Thümling, der die Kassenbücher der Filiale Markredwitz übernommen hatte, wurde als Vorsitzender Kollege Frisch, Wunsiedel, gewählt.

Chemnitz

In der Generalversammlung gab Kollege Förstlich den Geschäftsbericht vom Jahre 1930. Er führte aus, daß in den Kammgarnspinnereien und der Teppichbranche die Arbeitszeit allgemein auf 40 Stunden herabgesetzt worden sei. Eine erhebliche Verschlechterung der Geschäftslage ist im Herbst in der Wollstoffbranche und in der Wollerei eingetreten. Die Tritotagenbranche habe gleichfalls stark verengt gearbeitet. Im ganzen gesehen habe die Kurzarbeit im Januar des Berichtsjahres 33,7 Proz., im August 44,9 Proz. und im Dezember 43,1 Proz. betragen. Anträge auf Betriebsstilllegungen wären im Berichtsjahr insgesamt 78 beim Arbeitsministerium eingereicht worden. In allen Betriebsstilllegungserörterungen hätten Vertreter der Organisation teilgenommen. Die Jugendbewegung habe im Berichtsjahr recht erfreuliche Fortschritte gemacht. In der Arbeiterinnengruppe habe man ein sehr reges Leben entfaltet. Im Monat November haben zehn Frauen-Unterhaltungsabende in den der Ortsgruppe angeschlossenen Ortschaften stattgefunden. Acht Kolleginnen der Arbeiterinnengruppe hielten Vorträge über „Die Entlohnung der Arbeiterinnen in der Textilindustrie“. Die Referentinnen hätten sich ihrer Aufgabe in zufriedenstellender Weise erledigt. Kollege Reiner erstattete anschließend den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die bisherigen Mitglieder der Ortsverwaltung wurden auf Antrag der Generalversammlung einstimmig wiedergewählt. Ebenso erfolgte einstimmig die Wahl der Revisoren. Im Anschluß daran erfolgte die Wahl einer zwölfköpfigen Kommission zur Ortsverwaltung und die Wahl zur Schlichtungskommission. Die in Vorschlag gebrachten Kolleginnen und Kollegen wurden ebenfalls einstimmig gewählt.

Fürstenwalde

Am Sonnabend, dem 28. Februar, beging die hiesige Filiale ihr 35jähriges Stiftungsfest, verbunden mit Jubiläum der unter gültiger Mitwirkung des freien Volkschors und der freien Turnerschaft. Von der Geschäftsleitung war Kollege Bötzler erschienen. Ein Prolog, vortragen von der Kollegin Horning, wurde mit Beifall aufgenommen. In seiner Begrüßung schilderte Kollege Bötzler die Verhältnisse aus den Anfängen der Filiale. Er sprach von den Schwierigkeiten, die sich im Laufe der Jahre aus dem Hauptverband gestifteten Ehrenurkunden und Ehrenabzeichen und sprach im Namen des Hauptverbandes und der Gauleitung die herzlichsten Glückwünsche aus. Der Vorsitzende, Kollege Bötzler, dankte im Namen der Jubilare. Ferner erwähnte er die Jugend, den Frauen nicht nur nachgehört, sondern aufzubauen auf dem festen Fundament der freigewerkschaftlichen Organisation.

Glauchau

Zu einer überaus eindrucksvollen Festlichkeit galt es für das Stiftungsfest der Ortsgruppe Glauchau. Die Vertreter beider Kollege Schirmer von der Gauleitung in Dresden. In seinen mit warmem Beifall aufgenommenen Ausführungen ging er bis auf die Gründung des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Jahre 1890 zurück. Er erwähnte ferner, daß damals auch der Gewerkschaftler, der Kollege Georgi, zugegen war und alles darauf hin, daß gerade damals immer ein neuer Wendepunkt für die Geschichte des Gewerkschaftswesens sei. Hiermit schloß er seine Rede ab. Die 45 Mitglieder der Ortsgruppe, die dem Fest beiwohnten, wurden durch den Vorsitzenden begrüßt. Die mit dem Fest verbundenen Veranstaltungen liefen sehr reibungslos ab.

Limbach

Am Sonnabend, dem 28. Februar, hatte die Ortsverwaltung die Mitglieder zur Übung der Textilarbeit zu einer gemeinsamen Textilarbeit eingeladen.

Zahlreich hatten sich die Mitglieder nebst Angehörigen eingefunden. Kollege Karl Schirmer von der Gauleitung schilderte in treffenden Worten den Werdegang unserer Organisation und streifte dabei die Verhältnisse, die sich in der Limbacher Filiale durch die Tätigkeit der SPD. abgespielt haben. Umrahmt war die Feier von Gesang, Musik, humoristischen Vorträgen und einer Filmvorführung. Den gewaltigsten Eindruck hinterließ der Film „Das erste Jugendtreffen des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Stuttgart“. Da glänzten die Augen der Jungen und noch mehr der Alten, denn hier zeigten sich die Erfolge des Verbandes in dem Aufmarsch des Nachwuchses.

Stammbach

In ansehnlicher Zahl versammelten sich die Delegierten der Filiale Münchberg-Helmbrechts zu ihrer Jahresversammlung. Von der Gauleitung war Kollege Schneider anwesend. Den Geschäftsbericht gab Kollege Reuther, der auf Grund seines Dienstantritts ab November in der Filiale Münchberg nur auf die wichtigsten Angelegenheiten eingehen konnte. Die Diskussion über die Berichte zeigte, daß die Geschäftsleitung zur Zufriedenheit der Filiale gearbeitet hat. Die Wahl der Bezirksleitung brachte nur eine Veränderung in der Besetzung von Stammbach und Sparned. Für die nächste Tagung der Generalversammlung wurde Sparned bestimmt. Anschließend hielt in dankenswerter Weise Herr Oberlehrer Groß von der höheren Fachschule Münchberg einen Vortrag, verbunden mit Lichtbildern, über den Automaatenstuhl. Sein Vortrag erhielt ungeteilten Beifall. Der Kollege Taubold konnte mit Worten des Dankes an den Herrn Referenten für seine Mühewaltung und den Delegierten für ihre Ausdauer und Mitarbeit die Versammlung schließen.

Zeltz

Am 21. Februar 1931 hielt die Ortsgruppe ihre erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre ab. Der Besuch war gut. Der Ortsgruppenvorstand hat es sich in diesem Jahr zum Prinzip gemacht, die Versammlungen durch interessante Vorträge zu beleben. Den Reigen eröffnete Kollege Otto Busch mit einem Vortrag über Verbandsgeschichte. Der Referent schilderte die jeweiligen Arbeitsmethoden von der Urzeit bis zum heutigen Großbetrieb, sowie die Entwicklung des Deutschen Textil- und Bekleidungsarbeiter-Verbandes. Deutlich führte der Referent vor Augen, welche Widerstände die Textilarbeiter vom Jahre 1848 bis zum Jahre 1890 zu überwinden hatten, um sich als Gewerkschaft durchzusetzen. Der Redner entledigte sich seiner Aufgabe glänzend; dies bewies die lebhafteste Debatte. Im Punkt 2 der Tagesordnung gab Kollege Tag Thierbach Bericht von der am Sonntag, dem 15. Februar, in Zeltz stattgefundenen Betriebsratskonferenz. Anschließend nahm der Vorsitzende, Kollege R. Gauß, Stellung zu den Betriebsratswahlen für die Zeiger Betriebe. Nach dem Bericht von der Jahresversammlung des Gewerkschaftsartells wurden im Geschäftlichen und Verschiedenen Eingänge vom Gau und von der Zentrale bekanntgegeben.

Zwickau-Mühlensgrund

(Generalversammlung der Textilarbeiter.) Zur Generalversammlung war vom Hauptverband als Gast anwesend die Kollegin Ritzke, Berlin, die von dem Versammlungsleiter, Genossen Blumenstein, freundlich begrüßt wurde. Der Geschäftsführer der Geschäftsstelle des Verbandes, Kollege Graupe, gab zuerst einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit der Betriebsleitung und Ortsverwaltung. Auch im Zwickauer Betriebsgebiet verfuhr einzelne Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Das konnte erfolgreich abgewehrt werden. Eine Anzahl Textilunternehmer haben ihre Betriebe monatelang stillgelegt und nachher nur mit einer stark reduzierten Belegschaft wieder aufgenommen. In vielen Fällen geschah dies, um die Betriebsräte loszuwerden oder bestimmte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Die Fabrikfirma Richard Wölsch in Mühlensgrund hat allein fünfmal im Berichtsjahre eine Anzeige auf Stilllegung ihres Betriebes eingereicht. Die Firma Tröglisch in Thurm hat den Lohnsituation der Arbeiter ein nationales Flugblatt gegen den Friedensvertrag von Versailles beigegeben, wahrscheinlich als Trostmarke wegen des niedrigen Lohnverdienstes durch die Kurzarbeit. Nur in der Branche der Kammgarnspinnereien und Strickereien ist das ganze Jahr hindurch guter Geschäftsgang gewesen. In letzter Zeit hat sich in der Garnweberei der Betriebsgang etwas besser gestaltet. 550 neue Mitglieder konnten im Berichtsjahre dem Verbandszugehörigkeit werden. Das ist ein gutes Zeichen für die innere Stärke der Gewerkschaften und des Verbandes in unserem Filialbezirk. Die Jugendbewegung ist besonders in Zwickau sehr gut. Zwei Wochenendkurse haben für die Jugend stattgefunden. Die Arbeiterinnenbewegung hat durch die Arbeitslosigkeit, besonders unter den weiblichen Familienmüttern und deren Ausscheiden aus dem Berufsleben, zu leiden gehabt. Nur in einem Betriebe, Wollspinnerei Zwickau, gibt es einen Betriebsrat, der sich nur aus Frauen zusammensetzt. Der der Betriebsrat Betriebsrat ist in der Kammgarnspinnerei Schmeißer in Sichtentanne eine Betriebskommission eingerichtet worden. Dieser Vorgang wird auch die Gewerkschaften interessieren. Die Kommunisten haben während des Jahres und besonders in letzter Zeit den Versuch gemacht, die Textilarbeiter Zwickaus für ihre blödsinnigen Propagandas einzufangen. Die Kuration der Kommunisten, besonders unter der hiesigen „Klassen“ Führung, wirkt lächerlich. Kollege

Erbitterung über zehnstündige Doppelschicht

Klagen erwerbsloser Textilarbeiter

Das sozialdemokratische Organ für die württembergischen Bezirke Reutlingen, Tübingen, Rottenburg, Urach und Münsingen, die „Freie Presse“, hat aus den Reihen der erwerbslosen Textilarbeiter diese Zuschrift erhalten:

„Man hörte öfters davon, zur Arbeitsstreckung die 40-Stunden-Woche einzuführen. Dieser begrüßenswerte Vorschlag ist von der preussischen Regierung, von den Gewerkschaften und von der Sozialdemokratie schon vor längerer Zeit gemacht worden. Teilweise haben größere Betriebe in Norddeutschland die 40-Stunden-Woche auch eingeführt, wodurch Erwerbslose eingestellt werden konnten. Bei uns im Reutlinger Industriegebiet hat man davon noch nichts gemerkt. Im Gegenteil, in den Reihen der beim Arbeitsamt Reutlingen arbeitslos gemeldeten rund 1500 Textilarbeiterinnen und -arbeiter hat es große Erregung ausgelöst, daß neuerdings in der erzkulischerweise gut mit Aufträgen versehenen Weberei Cningen zwei Schichten zu je 10 Stunden eingeführt wurden, anstatt drei Schichten mit kürzerer Arbeitszeit einzuführen, wodurch immerhin etwa 30 Weber wieder Arbeit gefunden hätten. Die Firma muß sich doch klar darüber sein, daß auch sie gegenüber der großen Not der Arbeitslosen Verpflichtungen hat, die sie erfüllen muß. Da, die ganze Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, insbesondere die Gemeinde- und Fürsorgebehörden, denen die katastrophale Erwerbslosigkeit riesige Kosten und fast nicht lösbare Sorgen auflädt, daß die vorhandene Arbeit gestreckt wird. Hoffentlich sehen alle interessierten Stellen in diesem Fall nach dem Rechten.“

In der Textilindustrie hat man berühmte Schiedsprüche, die das Ueberstundenunwesen verewigen, gefällt. Flug

kommen rücksichtslose Textilunternehmer, um von diesen Möglichkeiten ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Diese Schiedsprüche sind und diese Textilindustriellen bedenkenlos, daß sie im höchsten Maße unmoralisch handeln und Quellen schlimmster Erbitterung schaffen.

Kräfteverteilung

Ein paar vergleichende Zahlen

In Westdeutschland hat die christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Hauptdomäne. Dennoch haben die freien Gewerkschaften nach wie vor einen großen Vorsprung. Im Landesarbeitsgerichtsbezirk Rheinland-Westfalen haben die Gewerkschaften des ADGB 564 490 Mitglieder, die christlichen Gewerkschaften verfügen über einen Mitgliederbestand von 379 568 und die Hirsch-Dunckerischen über einen solchen von 56 400. Von den in Westdeutschland vorhandenen Gewerkschaftsmitgliedern von rund einer Million gehören demnach 56,4 Proz. den freien, 37,9 Proz. den christlichen und 5,7 Proz. den Hirsch-Dunckerischen Verbänden an.

Wie man spart

Natürlich am Lohn

Die Leitung des Norddeutschen Wollkammerei- und Kammgarnspinnerei-Kongresses tut sehr wenig von sich aus, um unnötige Differenzen mit den Belegschaften zu vermeiden. So wurde im Hamburger Betriebe, welcher unter dem Namen W. & R. & P. & S. firmiert, kürzlich folgende Maßnahme durchgeführt: Um die Löhne für gelernte Arbeiter zu ersparen, hat die Firma im letzten Monat eine Anzahl Fräher entlassen und an ihre Stelle 20 Mädchen aus der Spinnerei gestellt, die zu Hilfsfräher ausgebildet werden.

Kunz als Kassierer gab darauf den Kassenbericht. Der finanzielle Abschluß ist trotz der Krise gut. Für die Hauptklasse sind 83 538,52 M. eingenommen und 46 913,57 M. abgeführt worden. Die Lokalkasse bilanziert mit 41 232,45 M. An Unterstützungen sind ausgezahlt 36 834,17 M. Der Durchschnittswert der Beitragsmarken ist trotz der Krise gegen das Vorjahr gestiegen. Redner kritisierte die Unkenntnis der Mitglieder über die Verbandsangelegenheiten. Die Einführung der Invalidenunterstützung am 1. Oktober hat bei allen Verbandsmitgliedern gute Aufnahme gefunden. Eine Anzahl Mitglieder sind, um sich eine höhere Unterstützung bei Invalidität infolge Unfall, Krankheit oder Alter zu sichern, in die höchsten Beitragsklassen eingetreten. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde eine Vorschlagsliste mit einigen personellen Änderungen durch Stimmzettelmehrheit angenommen. — Kollege Wächter gab sodann einen interessanten Bericht über die Betriebsratskonferenz der sächsischen Gewerkschaften in Dresden. Nach einer kurzen, anfeuernden Rede unserer Kollegin Ritzke, Berlin, wurde die Versammlung durch den Kollegen Blumenstein geschlossen.

LITERATUR - ANZEIGEN

Inhaltsverzeichnis von Lieferung 3 der Metalland Textilberichte, Heidelberg. Mechanisch-technischer Teil. Worn. Die Jacquardmaschine in der Wirkerei und Strickerei. — A. Berle. Farbmusterungen in Wirk- und Strickwaren durch Plattieren. — Grenzdörfer. Der Aufbau und das genaue Einstellen der Rastelmaschine. — E. J. Rusterungen am Kettenwirkstuhl. — Schirde. w. a. n. Studien über den Aufwindvorgang an Feinspinnmaschinen. — Schubert. Die Aufwindung und ihre Hilfsorgane am Wagenspinner. — Siluminim Webstuhlbau. — Kesch. Die Verarbeitung der Aqua-Travis. — Beders. Ueber die Bedeutung des Jacquardmaschinen-Antriebes. — Mikrodynamometer ohne Registrierung. — R. a. b. o. l. Der Verkauf der Gewebebeschleuniger in der Textilindustrie. — Die neue Höchstleistungs-Schlußpulmaschine „Lunometer-Bly“. Schubert. Die Bestimmung der absoluten Faserqualität nach Mikrobewertungen der Festigkeit an Fertigprodukten wie Geweben, Wirkwaren und auch Garnen. — Brandenburg. Der Einfluß des Verdrehungswinkels auf die Eigenschaften eines Streichgarnstriches. Chemisch-technischer Teil. Schwertfasser. Ueber die Wertbestimmung von Waschmitteln. — Kind & Baur. Katalyschäden beim Chlorieren. — H. o. z. & B. a. u. d. e. r. Das Färben von Baumwolle. Kunstfaser-Wirgarnen. — W. e. g. e. r. Aus dem Gebiete der Hygiene. — Christ. Weitere Ausbau der Kappen- und Kette. — Teufel. Neue Strumpffärbemaschinen. — Fischer & Bernhardt. Die Suprafil-Färbemaschine, eine Klasse leicht färbbarer Kappenfarben. — J. o. c. h. u. m. Häute und metallische Stoffe. — G. e. n. g. e. r. Sulfonamide und Farbstoffe. — O. h. l. Ueber die Streckspannen von Aquarellen. — W. e. g. e. r. Ueber das Kleben von Kunstleder. — Dipl.-Ing. U. Ein neuzeitliches Textilhilfsmittel.

Weltzeitschriftenscha, Technische

Auskünfte, neue Erfindungen. Betriebstechnik, Organisation. Gerbel. Die Aufstellung der Kraft- und Wärmelosten auf die einzelnen Abteilungen eines Betriebes. — Schüb. Der Bemag-Trieb. — Mitteilungen des Fachnormenausschusses für Textilindustrie und Textilmaschinenbau. — Goldberger. Die Staubentwicklung bei Jernschmelzen und ihre Bekämpfung. — K. r. i. s. h. Der Betriebschutz in der Blecherei, Fräherei und Appretur. — O. f. t. e. r. s. e. h. e. r. Fleißarbeit in großen Tuchfabriken.

Aus dem Reichsarbeitsgericht

RG. und Kündigungsschutz

Die Kommunisten sind begeistert von der „Objektivität“ der Klassenrichter.

Können die Konsumvereine und Genossenschaftsbetriebe den Arbeitnehmern kündigen, die in den Betrieben versuchen, die Gewerkschaften zu schädigen und verwerfliche Hege gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer treiben? — Mit dieser Frage von prinzipieller Bedeutung beschäftigte sich am 21. Februar das Reichsarbeitsgericht. Am 4. März fand in der Konsumgenossenschaft in Berlin eine Betriebsratswahl statt. Hierzu wurde unter anderen eine Vorschlagsliste eingereicht, welche die Aufforderung zur Wahl von Bewerbern der RGO. enthielt. Da die ursprünglich 15 Kläger diesen Vorschlag teils durch eigenhändige Unterschrift, teils durch Gestattung der Aufnahme ihres Namens in die Liste vertreten, wurden von verschiedenen Organisationen der freien Gewerkschaften, denen sie als Mitglieder angehörten, gegen sie Ausschlußverfahren eingeleitet, die mit dem Ausschluß endeten. Die Organisationen verständigten die beklagte Konsumgenossenschaft von dem Ausschluß der RGO.-Beute. Da aber in den Genossenschaftsbetrieben nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt werden, so kündigte die beklagte den RGO.-Beuten. Die Kommunisten, die in ihren Betrieben immer gegen die gesetzlichen Bestimmungen und gegen das Betriebsrätegesetz verstoßen, erblickten in den Maßnahmen der Beklagten einen Verstoß gegen § 95 des BRG. und Artikel 159 der Reichsverfassung. Die Kündigung sei zu Unrecht erfolgt, und sie verlangten Zahlung der Löhne für die Dauer von vier Wochen.

Das Arbeitsgericht hat nach Klageantrag erkannt. Gegen dieses Urteil legte die beklagte Berufung ein. Das Landesarbeitsgericht Berlin hob das vorinstanzliche Urteil auf und wies die Kläger mit ihrer Klage ab. Obwohl die Kommunisten das Reichsgericht als ein „Klassen- und Schandgericht“ bezeichnen, sind sie von der Objektivität der Reichsrichter sehr begeistert, wenn es sich um ihr eigene Sache handelt. Immer wieder wenden sich die Kommunisten an die Reichsrichter und bitten kniefällig ihnen beizustehen. Auch gegen die vorinstanzliche Entscheidung kämpften sie mit der Revision an. Die „Klassenrichter“ hielten die Kündigung der Kläger als einen Verstoß gegen § 95 des BRG. und verurteilten die beklagte zur Zahlung des Lohnes. (RAG 518/30.)



Für unsere Jugend

Berufsschule und Wirtschaftsdemokratie

Berufsschule soll Einblick in das Wirtschaftsleben gewinnen

Die Zeitschrift „Die Berufsschule“, das Organ der preussischen Gewerbe- und Handelslehrerschaft, veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 10. Oktober v. J. einen Artikel von Direktorstellvertreter Michels, Köln, unter obigem Titel, von dem wir die wichtigsten Teile nachfolgend zum Abdruck bringen. Wir glauben, daß unsere Leser, vor allem die Mitarbeiter an der Berufsschule, darin wertvolle Anregungen für ihre Tätigkeit, auch für die in unseren Jugendgruppen, finden werden.

„Es bedarf keiner scharfsinnigen Ueberlegung, um in der Forderung der Arbeiterschaft nach Wirtschaftsdemokratie ein Postulat im Prinzip durchgeführten politischen Demokratie zu erkennen. Der wirtschaftsdemokratische Gedanke hat in Deutschland seinen sichtbarsten Ausdruck in der Errichtung des Reichswirtschaftsrates gefunden. Der Anspruch auf Wirtschaftsdemokratie bedeutet, auch in der Wirtschaft aktiv, d. h. mitwirkend und mitbestimmend tätig sein zu können. Diese, wir sagen selbstverständliche Forderung hat eine unerläßliche Voraussetzung: der arbeitende Mensch ist für diese wirtschaftliche Aufgabe zu befähigen. Zu einer unerhörten Charakterbildung muß eine vertiefte wirtschaftliche Allgemeinbildung treten.“

„Unter Berücksichtigung der weit ausgebauten Schulungseinrichtungen für den erwachsenen Arbeiter ist die Forderung nach Einführung einer systematisch betriebenen Wirtschaftskunde als Unterrichtsfach in den Lehrplan der Berufsschule wohl kaum mehr zu begründen. Die Berufsschule will eine Schule sein, die den jungen Arbeiter — Arbeiter im weitesten Sinne aufgefaßt — für das mit der Wirtschaft eng verbundene Leben vorbereitet. Sie kann, wenn sie sich selbst gerecht werden will, an solchen Forderungen, die die nach voller Gleichberechtigung strebende Arbeiterschaft für ihren Daseinszweck und Kampf als unentbehrlich anerkennt, nicht mehr in stolzer Haltung vorbeiziehen.“

„Sodennfalls sind die preussischen Bestimmungen für die Gestaltung des Lehrplanes in den gewerblichen Berufs- (Fortbildungs-) Schulen aus dem Jahre 1911 überaltert, wenn sie verlangen: „Die Erörterung wirtschaftlicher ... Grundbegriffe muß zurücktreten; eine planmäßige Darstellung ihrer Zusammenhänge ist nicht Sache der Fortbildungsschule.“ Es ist undenkbar, daß diese Bestimmungen maßgebend bleiben. Der jugendliche Arbeiter von heute, der demnächst als Funktionär der Wirtschaft im Betriebsrat und Aufsichtsrat tätig sein soll, erinnert die Berufsschule an ihre Pflicht, ihn auf diese seine spätere verantwortungsvolle Tätigkeit in geeigneter Weise vorzubereiten. Eine auf unberechtigte Gründe gestützte Vorenthaltung wäre es, wenn der jungen Arbeiterschaft während der Berufsschulzeit die Möglichkeit genommen bliebe, einen ersten elementaren Einblick in die Welt wirtschaftlichen Geschehens zu tun, die nun so weniger zu verstehen wäre, wenn man bedenkt, daß gerade manche Wirtschaftsführer das Wort vom „unwirtschaftlichen Denken“ der Arbeiter gebraucht haben.“

„Auf die Berufsschule angewandt, ergibt sich aus dem bisher Gesagten ganz zwanglos die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Aufnahme wirtschaftskundlichen Unterrichts in den Lehrplan. Die Hinführung des jugendlichen zum demokratischen Staatsbürger ist mit seiner Erziehung zum demokratischen Wirtschaftsbürger zu verbinden.“

Diese große Selbstverständlichkeit will aber nicht als eine launische Tagesforderung gewertet sein. Wenn wir sie herausstellen, so geschieht es aus guten Gründen. Wir sind nämlich der Meinung, daß die Zukunft unseres Volkes nur dann wieder lebensfähig gestaltet werden kann, wenn Volkbürger an seinem Aufbau hoffnungsfreudig mitarbeiten. Volkbürger sind aber nur jene, die als gleichberechtigte demokratische Staats- und Wirtschaftsbürger sich für ihr Volk verantwortlich halten. Und diesen Volkbürger will und wird

die Berufsschule mitgestalten helfen.“ Um nun den demokratischen Staatsbürger heranzubilden zu können, wird es ihre nächste Aufgabe sein, in allen Organen und Funktionen jenen Grad der demokratischen Gesinnung und Durchbringung zu erreichen, der im Hinblick auf das zur Erörterung stehende letzte Ziel wünschenswert, nein, notwendig ist.

„Wenn der Berufsschüler einen Einblick in das Wirtschaftsleben gewinnen soll, dann müssen ihm die wichtigsten Tatsachen aus dem Gebiete der Privat- und Volkswirtschaftslehre bekanntgemacht werden. Neben einer kurzgehaltenen allgemeinen Uebersicht wären unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Zeit besonders aktuelle Gegenwartsprobleme einer Behandlung wert. Wäre es keine zweckentsprechende und dankbare Aufgabe, den jungen arbeitenden Menschen zu zeigen, wie z. B. die Entwicklung der Produktionsformen bis zur Organisation des modernen Fabrikwesens vor sich gegangen ist?

Soll er nichts hören über den Unterschied zwischen privat-, gemein-, gemischtwirtschaftlichen Betrieben, deren Vor- und Nachteile, Fragen, für die in der gesamten Arbeiterschaft vielseitiges Interesse und Verständnis vorhanden ist? Dies wird gewiß allgemeine Zustimmung erhalten, wenn er seinen angezogenen Beispielen hinzufügt: „Es genügt nicht, daß der Lehrer diese Stoffe (Produktionsformen, D. B.) rein theoretisch behandelt, sondern in einer Schulwerkstatt müssen diese Formen praktisch vorgeführt werden. Die Schüler müssen, soweit angängig, auch nach diesen verschiedenen alten Methoden arbeiten. Den wichtigsten Teil nimmt die Behandlung der gegenwärtigen Produktionsmethoden in Anspruch. Der Schüler soll Bescheid wissen von Taylor, Gilbert, Ford, Hebeaug, von Fließarbeit und Psychotechnik. Alle diese Arbeitsverfahren lassen sich in ihrem Prinzip sehr wohl in einer Holz- oder Metallwerkstatt, die mit Maschinen ausgerüstet ist, veranschaulichen ...“

Ob die Berufsschulwerkstatt nicht auch, analog den Dinktschulen, die ich im übrigen ablehne, zu einer rationalen Betriebsführung unter besonders verantwortungsvoller, bestimmender Mitarbeit der Schüler gelangen könnte, wäre eines Versuches wert.“

Arbeitsdienstplicht

Sie läßt die Unternehmer nicht schlafen

Bekanntlich sind die Unternehmer mit der Forderung, die Arbeitsdienstplicht für jugendliche einzuführen, abgerutscht. Wer nun glaubt, daß sie sich das eine Lehrgesetz lassen, und von der weiteren Aufstellung unsinniger Forderungen absehen werden, der kennt diese Leute nicht. In Nr. 8 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, dem Leib- und Wagenorgan aller rückwärtlichen Kapitalanbeter, findet man einen langen Artikel, der sogar noch auf der ersten Seite erschien, in welcher in weinerlichem Tone alle Schäden aufgezählt werden, die nun, nachdem das große Projekt gescheitert ist, eintreten werden. Als Grundlage dient eine Abhandlung des Ministerialrats Lehfeld im Reichsarbeitsblatt, in der noch einmal ausführlich die Gründe für die Ablehnung dargelegt werden. Der Verfasser des Artikels in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, der dort öfters seine Zeitstünge aufführt, faßt es so zusammen, daß die Arbeitsdienstplicht von allen Bevölkerungsschichten gewünscht wurde. Und er zeigt mit dem Finger auf die „tiefe Klust“, die im deutschen Volksleben herrscht:

„Alle Schichten der Bevölkerung fordern die Verwirklichung einer großen Idee; die „Vertreter großer Verbände“ (damit sind die Gewerkschaften gemeint. D. Red.) aber lehnen sie einstimmig ab. Auf der einen Seite stehen Menschen von Fleisch und Blut, die mit heißem Herzen fordern, auf der anderen eine blutleere Bürokratie.“

Es folgen dann weiter Ausführungen, wie: „Knochenerweichung des Weimarer Systems“ ... „Et. Bürokratismus mag sich ruhig die Zipselmüge übers Ohr ziehen“ usw., wobei es auch nicht an offenen Beleidigungen der unverantwortlichen arbeitlos gewordenen Jugendlichen fehlt.

„Von seiner (d. h. Bürokratismus) Seite aus wird mit den arbeitsscheuen unverträglichen Jugendlichen ganz gewiß nichts geschehen.“ Ja, man ist tief traurig darüber, daß einem nun die Gelegenheit genommen wurde, ein „großartiges“ Erziehungswort an der Jugend zu leisten. Man hätte eine „tüchtige“ Generation herangezogen; wenn es wirklich Jugendlichen gibt, die durch „Arbeitscheu“ und „Unverträglichkeit“ jede gemeinsame Arbeit aufs schärfste schädigen können, so gibt es immer noch geeignete Mittel, diese Bürschen zur „Räson“ zu bringen. Denn: „Allerdings dürften auch Strafbefugnisse für Erzieher nicht fehlen, und zwar müßten sie ungewissheitlich schärfer sein als heute in Schule und Fürsorge üblich. Dann sollte es wohl eine Kleinigkeit sein, mit Elementen fertig zu werden, denen die Bürokratie hilflos gegenübersteht.“ Also die lieben

Leute sind gar nicht bange, daß sie es schaffen würden, brauchbare Arbeitsinstrumente heranzuziehen. Man macht sich von der Bösartigkeit dieses bezahlten Schreiberlehrlings des Unternehmerblattes erst dann den richtigen Begriff, wenn man ihn wörtlich zitiert. Es seien deshalb noch einige Blüten aus seinen geistigen Ausscheidungen wiedergegeben:

„Es dürfte müßig sein, darüber zu streiten, wer wohl in seinem beruflichen Fortkommen mehr behindert wird: der Jugendliche, der seiner Dienstplicht genügt und in seinem Dienstjahre Kameradschaftsgefühl, Ordnungssinn und Pflichtgefühl lernt, oder der Arbeitslose, der in den Amtszimmern der Sozialbürokratie alle Schleichwege beherrschen gelernt hat, hohe Unterstellungen bei Müßiggang herauszuschlagen. Dem Bürokraten mag der Arbeitslose willkommen sein, der ihm Gelegenheit gibt, den Amtschimmel zu reiten und Aktien über „Arbeitschicksale“ zu füllen. Der Unternehmer aber bevorzugt ungewissheitlich einen Arbeitnehmer, der durch die hohe Schule der Arbeit, des Dienstes, der Pflicht und der Unterordnung gegangen ist. Statt einer Behinderung dürfte also eher eine gerechte Bevorzugung der Dienstplichtigen in ihrem Berufsleben erreicht werden.“

Zum Schluß wird versichert, daß man von Unternehmerseite aus um keinen Preis abbringen lassen werde: „Im Gegenteil, nun erst recht! Wir werden nicht aufhören, den Gedanken der Arbeitsdienstplicht in allen Schichten der Bevölkerung zu pflegen.“ — Man muß sich eben trösten, so gut es geht. Es war vorauszu sehen, daß man nicht so leicht die Fünfte ins Korn werfen wird, nachdem die ersten Pläne gescheitert sind, die Jugend in ein militärisches System zu zwingen. An den zitierten Ausführungen sollte gezeigt werden, mit welcher Robustheit die Anbeter des Geldes ihre Gedanken verfechten. Sollten sie draußen im Lande ebenfalls sichtbar hervortreten, so ist es selbstverständlich, daß ihnen in derselben derben Tonart, die sie anschlagen, der Standpunkt klar gemacht wird!

Hände küssen ...

Hände küssen, Hüte rücken,
Knie beugen, Häupter bücken:
Kind, das ist nur Gaukelei,
Denn das Herz denkt nichts dabei!
H. Heine.

Jugendarbeit im Vogtland

Bericht vom Wochenendkursus der vogtländischen Textilarbeiter-Jugendgruppen.

Am 7. und 8. Februar trafen sich zum zweitenmal die jungen Textilarbeiter des Vogtlandes im alten Rylauer Kaiserhof. Wieder war es wie schon beim vorjährigen Treffen, ernste Arbeit, die sie zusammengeführt hatte. Die Kollegin Niewiera behandelte das Thema „Die Jugend als Faktor in der deutschen Textilindustrie“.

Die Tagung wurde am Sonnabend mit dem Liede „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ eröffnet. Die Kollegin Niewiera umriß am Anfang ihrer Ausführungen den Begriff „Textilindustrie“. Sie stellte weiter fest, daß in der deutschen Textilindustrie 1 200 000 Leute beschäftigt werden. Von diesen 1 200 000 Beschäftigten sind rund 23 bis 25 Proz. Jugendliche. Die Frauen sind in der Textilindustrie mit 60 Proz. der Beschäftigten vertreten, während sie in der Industrie überhaupt nur 22 Proz. der Beschäftigten darstellen. Unter den jugendlichen Textilarbeitern aber stellen die Frauen 75 Proz. Wir sehen also, daß wir es in unserem Berufe in starkem Maße mit Frauen zu tun haben und daß bei den Jungtextilarbeitern diese Erscheinung in noch stärkerem Maße hervortritt. Lehrlinge spielen in der Textilindustrie so gut wie keine Rolle, hingegen sind 25 Proz. der Jugendlichen bereits Facharbeiter. Nach einer kurzen Abschweifung über den Wert des Lehrvertrages in der Textilindustrie und über das Dinta wurde die Sonnabendtagung geschlossen.

Am Sonntagmorgen wurde zunächst das Organisationsverhältnis der Textilarbeiter geprüft und festgestellt, daß rund 35 Proz. aller Textilarbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. Wir sehen, daß in dieser Hinsicht noch ein großes Arbeitsfeld vor uns liegt. Warum das Organisationsverhältnis nicht besser ist, liegt auch in den Standorten der Textilindustrie begründet. Die Textilindustrie war vorwiegend Randindustrie, Grenzindustrie. Das wurde bedingt durch die in diesen Gebieten meist vorhandene eigenartige Bodenstruktur. In der Zeit, da man noch mit dem Handwebstuhl arbeitete, benutzten die dort ansässigen Bauern den langen Winter, der ja für sie keine Beschäftigung brachte, zur Herstellung von Textilwaren. Weiter bot das vorhandene Wasser für Veredelungsindustrien (Wäschereien, Färbereien, Appreturanstalten) eine gute Ansiedlungsgelegenheit. Eine weitere Wertwürdigkeit ist hinsichtlich der Textilstandorte zu beobachten. Mehr als 50 Proz. gehören zu den Kleinstädten. Gerade diese Tatsache dürfte viel mit zur Verschärfung der Textilarbeit beigetragen haben, die man meist als ungeternete und Fabrikarbeit anspricht und sehr gering bewertet.

Nunmehr wurde eine kleine Abschweifung gemacht und etwas über Ursachen und Wirkung der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie gesagt. Es wurde weiter festgestellt, daß durch dauernde Rationalisierung und Verbesserung der Betriebe auch eine ganze Masse von jugendlichen Arbeitskräften frei wird, für die, wenn nicht andere Maßnahmen ergriffen werden, die Arbeitslosigkeit zu einer dauernden wird. Es wurden dann Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit besprochen. Zuerst die Forderungen der Gewerkschaften auf Herabsetzung der Altersgrenze, Ermäßigung der 40-Stunden-Woche und des 9. Schuljahres, aber auch die Forderungen der Gegner, ganz besonders die Arbeitsdienstplicht, blieben nicht unerwähnt. Zum Schluß wurden noch einige Hilfsmaßnahmen für die arbeitslose Jugend beraten, und auch auf die Gruppenarbeit innerhalb unserer Jugendbewegung wurde eingegangen.

Der Kursus dürfte viele Anregungen an die Teilnehmer gebracht haben; hoffen wir, daß diese sie zum Nutzen des Deutschen Textilarbeiterverbandes verwerten.

Achtung!

Die März Nummer der „Textilarbeiter-Jugend“ bringt in ihrem Inhalt: 40 Jahre Textilarbeiter-Verband — Böhaek, Geburtsort unseres Verbandes — Die Macht der Gewerkschaft — Die Jungen hatten die Hand am Steuer — Unser Freund, der Unorganisierte — Eine Wanderung durch thüringische Städte. Ostthüringen als Wandergebiet — Hilfe für die erwerbslose Jugend — Das Pfingst-Treffen der Oesterreicher in den Alpen — Dies und das — Gruppenberichte — Bist du Wicker oder Stricker?

Unsere diesmal besonders reich illustrierte Jugendzeitung will von allen jugendlichen Textilarbeitern gelesen werden. Verlangt sie vom Unterfasser und macht sie bei unorganisierten Arbeiterkollegen bekannt. Das Jugendsekretariat.

